

KLINIK DER SOLIDARITÄT

Ein gelungenes Projekt gewerkschaftlicher Solidarität

Projektbericht 2013–2016



Inhalt

Einleitung	3	Solidaritätsreisen nach Thessaloniki	27
Vorwort	4	Thessaloniki tat uns allen gut.....	28
Wer oder was ist die „Klinik der Solidarität“?	5	Eindrücke der Solidaritätsreise und gelebter Aktivismus in Österreich.....	32
Erste Vorahnungen Ende 2009	6	Bericht Sozialistische Jugend.....	34
Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland.....	8	Fahrt nach Thessaloniki.....	35
Worin unsere Stärke besteht.....	14	Griechenland betrifft uns alle!.....	36
Willkommen in der „Klinik der Solidarität“.....	16	Die Initiativen der letzten Jahre in Griechenland – mehr als die Summe seiner Teile.....	37
Solidarity kept us alive	17	Auszug von diversen Veranstaltungen	39
Übersetzung: Die Solidarität hielt uns am Leben.....	18	März 2013.....	39
Europa braucht ein neues Rezept!.....	19	Oktober 2013.....	39
Wir für die Klinik	21	Mai 2014.....	41
Rezepte gegen die Krise – eine Hommage an die Lebensfreude und die Solidarität.....	21	März 2015.....	41
Auszüge von UnterstützerInnen der „Klinik der Solidarität“.....	22	Mai 2015.....	42
Der Solidaritätstransport – Auszug aus dem Praktikumsbericht.....	25	Juni 2016.....	42
Spendenaktion der GPA-djp-Jugend.....	26	NEIN zur Wasserprivatisierung	43
		Buchvorstellung: „Durch die Krise kommt keiner allein. Was Griechenland Europa lehrt“	45
		Auszug von publizierten Artikeln	46

Der Projektbericht wurde mit freundlicher Unterstützung von der PRO-GE produziert.



HerausgeberInnen: Eva Prenninger-Pusch, Gudrun Glocker, Peter Schissler, Sepp Wall-Strasser
Fotos: weltumspannend arbeiten, Archiv; Gestaltung und Satz: PRO-GE; Lektorat: ÖGB-Verlag; Druck: PRO-GE; Herstellungsort: Wien
Erscheinungsjahr: 2017

Einleitung

von Peter Schissler, Bundessekretär PRO-GE,
Vorsitzender weltumspannend arbeiten



weltumspannend arbeiten, der entwicklungspolitische Verein des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, initiierte im Jänner 2013 die Solidaritätskampagne „Klinik der Solidarität“. Der Österreichische Gewerkschaftsbund und viele seiner Gewerkschaften und Teilorganisationen unterstützten diese Kampagne, weil sie tief betroffen und erschüttert waren, mit welcher sozialen Kälte die Troika Hilfgelder für die Sanierung der Banken und der privaten Gläubiger aufstellte und die Bevölkerung Griechenlands seither dafür zahlen lässt.

Wir halten den eingeschlagenen wirtschafts- und finanzpolitischen Weg der „Sanierung“ für grundlegend falsch. Dieser Weg führt mit Gewissheit nicht aus der Krise heraus. Neoliberale Politik zerstört vor unseren Augen die Gesellschaft. Die Rückkehr von Massenelend in Teilen Europas ist ein Skandal. Die eingeschlagenen Krisenlösungspfade in Europa schreien nach einem Kurswechsel.

Wir fordern gemeinsam mit unseren griechischen KollegInnen und Millionen von EuropäerInnen ein Ende dieser Austeri-

tätspolitik, ein umfassendes und wirksames europäisches Investitions- und Aufbauprogramm für Griechenland und alle sogenannten Krisenstaaten und die (Wieder-)Herstellung eines leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitssystems mit Zugang für alle GriechInnen.

Wir sind nach wie vor beeindruckt von der Arbeit und dem Einsatz aller ehrenamtlichen Kräfte, die mithelfen, um einem Teil der Bevölkerung ein Mindestmaß an gesundheitlicher Versorgung zu gewähren. Mit unserem Projekt „Klinik der Solidarität“, der damit einhergehenden finanziellen Unterstützung für die Klinik, den Solidaritätsreisen und der politische Aufklärungsarbeit wollten wir nicht nur ganz konkret unsere Solidarität mit den Menschen in Griechenland ausdrücken, sondern vor allem auch bei uns in Österreich über die verheerende Lebenssituation in Griechenland informieren und uns für eine Änderung der EU-Politik einsetzen.

Die Projektaktivitäten zur Unterstützung der „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki waren immer eingebettet in unsere politische Arbeit. Es ging nie darum, einfach ein „Spendenprojekt“ ins Leben zu rufen. Uns geht es um Bewusstseinsbildung. Daher sahen wir alle Spenden immer nur als konkretes Ergebnis einer vorher geleisteten Aufklärung und politischen Auseinandersetzung. Alle von uns lukrierten Spenden standen am Ende von Seminaren oder politischen Veranstaltungen, wo es um Aufzeigen und Kritik der herrschenden Regeln des zügellos gewordenen Finanzkapitalismus und seine konkreten Auswirkungen auf die Menschen ging.

Im vorher beschriebenen Sinn war und ist diese Aktion ein geglücktes Projekt, denn es übertraf in jeder Hinsicht alle unsere Erwartungen.

Öffentliches Bewusstsein:

Wir sind so vermessen zu behaupten, dass unsere Aktivitäten die öffentliche Diskussion in Österreich und speziell innerhalb der Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen sehr wohl geprägt haben.

Vernetzung, Solidarität und Freundschaften:

Unsere Kampagne für die „Klinik der Solidarität“ löste eine ganze Reihe von Begegnungsreisen, Vernetzungen, dezentralen Veranstaltungen und Freundschaftsbeziehungen aus, die bis heute andauern. Jährlich finden seither Kontaktreisen zu politischen Organisationen und Initiativen statt.

Finanzen:

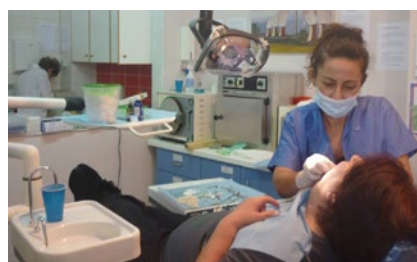
Bis zum Erscheinen dieser Dokumentation liefen über das Solidaritätskonto rund 110.000 Euro. Darüber hinaus wissen wir, dass weitere Zigtausende Euro an direkten Spenden geflossen sind oder Sachspenden in Form von Pkw- und Lkw-Ladungen gesammelt wurden.

Auch wenn wir mit dieser Dokumentation dem Projekt ein offizielles Ende setzen, geht unsere politische Unterstützung weiter.

Wir danken allen, die sich in irgendeiner Weise an dieser Kampagne beteiligt haben!



Peter Schissler



„Jeder Mensch hat das Recht zu reden und zu lachen, ohne sich schämen zu müssen.“

Katerina Notopoulou

Vorwort:

Gelungene Verknüpfung von konkreter Solidarität mit politischer Aufklärung

von **Wolfgang Greif**, *GPA-djp*,
Leiter der Abt. Europa, Konzerne,
Internationale Beziehungen

Als wir uns im Rahmen des Vorstandes bei weltumspannend arbeiten dazu entschlossen haben, die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki im Zuge einer breit angelegten Spendenaktion zu unterstützen, ging es uns natürlich auch um einen konkreten Akt der Solidarität. Es ging um konkrete Unter-



Wolfgang Greif

stützung von Opfern der völlig falschen und in der Folge für einen Großteil der Menschen in Griechenland auch völlig desaströsen Troika-Politik zur Rettung der Banken in Griechenland.

Es ging aber nicht nur darum. Von Beginn an war uns völlig klar, dass es hier um weit mehr gehen muss, nämlich darum, Flagge zu zeigen und deutliche politische Zeichen zu setzen. Spenden können das Ringen um den notwendigen Kurswechsel in der EU nicht ersetzen. Das Projekt „Klinik der Solidarität“ sollte in diesem Sinn neben konkreter Hilfe auch Pfade einer solidarischen Politik als Alternative zur einseitigen und so verheerenden Sparpolitik in Europa propagieren.

In diesem Sinn bot die „Klinik der Solidarität“ die Möglichkeit, in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit anhand konkreter Betroffenheit aufzuzeigen, wohin falsche Prioritäten in der Politik

der sogenannten Krisenlösung in der EU führen. In diesem Sinn war das Projekt „Klinik der Solidarität“ Aufruf und Auftrag zugleich: Jede Spende sollte ein Zeichen der Solidarität sein und dort konkret helfen, wo das griechische Gesundheitssystem kaputtgespart wurde. Jede Spende sollte auch ein Zeichen für gemeinsame politische Anstrengungen hin zu einem sozialen Europa sein.

Ein anspruchsvoller Auftrag

Es tut gut zu wissen, dass dieses Projekt unsere Erwartungen bei Weitem übertrafen hat. Die gezeigte Solidarität hunderter Kolleginnen und Kollegen hat uns tief beeindruckt. Allein, der Kampf um ein soziales Europa, in dem nicht die Banken und die Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Menschen im Mittelpunkt stehen, geht weiter.



Wartezimmer in der „Klinik der Solidarität“



Wer oder was ist die „Klinik der Solidarität“?

Die Gesundheitsambulanz wurde im Herbst 2011 von engagierten KollegInnen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich gegründet.

Die „Klinik der Solidarität“ versteht sich als politisches Projekt und setzt sich neben der konkreten Arbeit in der Ambulanz auch aktiv gegen Gesundheits- und Sozialabbau, Rechtsextremismus und Rassismus ein. Die Ambulanz befindet sich in den Räumlichkeiten des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE und wird von den behandelnden ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und TherapeutInnen selbstverwaltet geführt.

Rund 100 PatientInnen nehmen täglich die Leistungen der Ambulanz (Allgemeinmedizin, Innere Medizin, HNO-Heilkunde, Dermatologie, Zahnmedizin, Orthopädie, Kinder- und Jugendheilkunde, Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie) in Anspruch.

Wegen fehlenden Versicherungsschutzes und massiver Einsparungen im Gesundheitssystem nimmt die Zahl der PatientInnen stetig zu. Zudem bietet die Ambulanz kostenlose Schutzimpfungen für Kinder an und verfügt auch über eine Apotheke, in der PatientInnen kostenlos Medikamente bekommen.

Die Gesundheitsambulanz finanziert sich ausschließlich über Spenden. Alle KrankenpflegerInnen, TherapeutInnen, SozialarbeiterInnen und ÄrztInnen arbeiten ehrenamtlich. Auch die Verwaltungsaufgaben werden unentgeltlich von KollegInnen geleistet. Die Landesstelle der GSEE übernimmt die Kosten für Miete, Strom und Heizung. Somit fließen alle gesammelten Spenden direkt in die Versorgung der PatientInnen und werden für Medikamente, Schutzimpfungen, zahnmedizinisches Material, allgemeine Ambulanzausstattung usw. verwendet.



Erste Vorahnungen Ende 2009

von **Sepp Wall-Strasser**, Landesbildungssekretär ÖGB Oberösterreich,
Geschäftsführer weltumspannend arbeiten

Begonnen hat für mich eigentlich alles Ende 2009. Damals begannen die Verhandlungen, die dann zu den Memoranden im Mai 2010 führten. Ich fand nächtelang keinen Schlaf, denn ich wusste: Was jetzt in und um Griechenland passiert, ist keine der Krisen im bisherigen Sinn und nicht auf Griechenland allein beschränkt, sondern das wird uns länger und alle betreffen. Um meine Gedanken und Gefühle einigermaßen kanalisieren zu können, schrieb ich mir meine Wut und meine Sorge in einem Kommentar der anderen Art für den „Standard“ vom Leibe, der nicht nur noch immer seine Gültigkeit hat, sondern sich eigentlich auch im Vollsinn erfüllt hat.

Der Standard, Printausgabe 13. Mai 2010

Man schlägt die Griechen und meint den Sozialstaat

*Von falschen Schuldzuweisungen und notwendigen Tabubrüchen
in der Debatte um das hellenische Finanzdebakel*

von Sepp Wall-Strasser

Es ist, also wohnte man einem rituellen Schlachtopfer bei: Da wird uns ein Land vorgeführt, welches alle Übel und Krankheitserreger der Zeit in sich trägt – korrupt bis in die Knochen, faul, verschlagen, verschwenderisch. Ganze Heerscharen von Staatsbeamten liegen dem Staat auf der Tasche, die halbe Bevölkerung lebt in Pension, kein Wirt zahlt Steuern – ein Abschaum von Land! Sogar Investmentbanker ekelt es noch beim Aussprechen des Urteils: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt!“ In seiner öffentlichen Bestrafung wird Heilung für ganz Europa liegen.

Sündenbockphänomene treten vor allem in religiös-ideologisch fundierten Gesellschaften auf, die stark dazu neigen, ihre eigenen Grundfesten zu tabuisieren. Das Opfern des Sündenbocks hat die Funktion, nichts am System ändern zu müssen, sondern die bedrohte Ordnung wieder herzustellen. Erstaunlich, wie das auch im angeblich säkularen Informationszeitalter funktioniert. Mystifizierungen, Halbwahrheiten und offene Lügen setzen sich als politische Kategorien durch. Welche Tatsachen werden am Beispiel Griechenland im öffentlichen Diskurs tabuisiert?

Griechenland ist zum Spielball der Spekulanten geworden. Die hohe Verschuldung (115% des BIP) ist nicht der Hauptgrund der gegenwärtigen Krise, sondern die Spekulation auf Staatsbankrott und die ideologische Borniertheit der Politik und der EZB. Hohe Schulden haben die meisten Länder. Japans Schuldenstand liegt bei 200% des BIP. Aber Länder wie die USA und Japan können ihre Schulden direkt über ihre Zentralbank refinanzieren. Das ist vernünftig, weil sie sich den Märkten und der Spekulation nicht ausliefern und dadurch die Zinslast geringer ist. Diese Option haben in der Eurozone nur die Banken, nicht die Staaten. Die Banken bekamen im letzten Jahr trotz vieler toxischer Papiere unbegrenzt EZB-Geld zu einem Zinssatz von 1%. Den Staaten stand das nicht zu, weil die EZB-Verfassung eine Finanzierung der öffentlichen Körperschaften bisher aus ideologischen Gründen ausschloss!

Die „faulen Griechen“ leben nicht in Saus und Braus: 20 Prozent der Griechen sind von Armut bedroht, das monatliche Durchschnittseinkommen liegt bei 700 bis 1000 Euro. Dies ist anscheinend noch zu viel. Denn man wirft Griechenland (und den übrigen „PIGS“¹) vor, deswegen so hohe Schulden zu haben, weil sie zu wenig konkurrenzfähig sind. Was auf Deutsch (im wahren Sinn des Wortes) heißt: nochmals mit den Löhnen runter! Schuld daran aber ist vor allem Deutschland, weil es seit Jahrzehnten Lohndumping betreibt.

Die Einführung der Währungsunion mit einem Inflationsziel von zwei Prozent sah auch vor, die Löhne ungefähr zwei Prozent über der Produktivität zu halten. Deutschland ist massiv darunter geblieben, deutsche Unternehmen wurden zu Gewinnern, während fast alle anderen darunter leiden. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Geist der Währungsunion.

Die Korruption ist nicht der Kern des Übels. Selbstverständlich gehört zu jedem Supermarketeinkauf eine ordentliche Rechnung. Aber auch hier ist es wie bei den Beamtentöchterpensionen: Damit steht oder fällt keine Volkswirtschaft. Vielmehr haben wir es mit dem generellen Problem der Steuerungerechtigkeit in Europa zu tun. Griechenland ist eines der Schlusslichter beim Aufkommen von Einkommens- und Gewinnsteuer: Es liegt bei nur 7,5% des BIP (OECD-Durchschnitt: 12%). Selbständige und Vermögende tragen fast nichts bei, in der Schweiz lagern mindestens 16 Mrd. griechisches Schwarzgeld. Der Euro-Pakt gibt keinerlei Vorgaben für mehr Steuerdisziplin, was ihn u. a. auch deswegen wieder zerstören kann.

¹ Steht für Portugal, Irland, Griechenland, Spanien und war die Bezeichnung für die sogenannten Krisenstaaten der ersten Stunde. Die Konnotation zu „Schweine“ war bewusst gewählt.

Alternativen zu dieser Strategie gäbe es durchaus, sie umzusetzen würde allerdings mehrere schwere Tabubrüche voraussetzen. Hier die vordringlichsten:

Tabubruch 1: Freie Finanzmärkte sind nicht effizient. Anstatt Narrenfreiheit fürs Kapital braucht es eine grundlegende Neuregulierung der Finanzmärkte, die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Zerschlagung systemrelevanter Banken, Reform der EZB, ... Die letzten zwei Jahre wurden total verschlafen.

Tabubruch 2: Das Heil liegt nicht in Konkurrenz und Export, ganz im Gegenteil. Damit eine Währungsunion funktioniert, braucht es auch eine gemeinsame Steuer-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Lohnpolitik. Diese muss alle Mitglieder zu Lohnerhöhungen im Ausmaß der Produktivität verpflichten (was Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit senken und Griechenlands Handelsbilanz heilen würde) und die Besteuerung von Vermögen, Kapitalerträgen und Finanztransaktionen harmonisieren.

Tabubruch 3: Investieren statt Sparen. Sparen führt nicht aus der Überschuldung, sondern in die Rezession. Wenn jetzt die Löhne und Pensionen in Griechenland gekürzt werden, wenn Spanien, Portugal, Italien diesem Kurs folgen und Deutschland sich mit seinem Neuverschuldungsverbot durchsetzt, dann gute Nacht, armes Europa! Stattdessen braucht es eine Sanierung der Haushalte über Festlegung von Zinssätzen und massive Investitionen in Zukunftsbereiche – Ökologie, Bildung und Soziales.

Das Hauptproblem unserer Tage ist also nicht der Mangel an Lösungen, sondern dass diese von den Verantwortlichen nicht gewollt sind, weil sie offenbar ein anderes Ziel verfolgen: den Angriff auf den europäischen Wohlfahrtsstaat. Plötzlich fordern nämlich die sozialpolitischen Hardliner eine Wirtschaftsregierung - aber nicht, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern, sondern um direkt in die Budget- und vor allem Sozialpolitik der einzelnen Mitgliedsländer eingreifen zu können. Dann bestimmen nicht mehr die nationalen Regierungen und Parlamente, ob es ein öffentlich finanziertes Pensions- und Gesundheitssystem oder einen freien Zugang zu Bildung gibt, sondern dies machen dann die Monetaristen der EZB, des IWF und die dahinter lauernden „Investoren“ .

So macht das eingangs beschriebene rituelle Opfern Sinn: Es soll uns eindrucksvoll vor Augen geführt werden: „Ihr alle habt über eure Verhältnisse gelebt!“ Nicht die Investmentbanker mit Milliardenboni, nicht die Aktionäre der systemrelevanten Banken, nicht die Spekulanten, die die Staatsbudgets aussaugen - nein, wer fünf Wochen Urlaub im Jahr genießen will, wer sich an seiner bescheidenen Pension erfreut, ein 13. und 14. Monatsgehalt zum Ausgeben hat - der ist der „wahre“ Krisenverursacher!

Vor dem Hintergrund dieser Deutungslogik ist der Blick auf Griechenland zugleich ein Blick in unsere Zukunft: Was der neoliberalen Sparpolitik der letzten 25 Jahre nur Schritt für Schritt gelungen ist – den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen –, soll nun offenbar in einem raschen Coup vollendet werden.

Insofern ist die Solidarität mit den Protestaktionen der griechischen Bevölkerung Hilfe zur Selbsthilfe. Damit nicht auch wir demnächst zur Schlachtbank geführt werden ...



Sepp Wall-Strasser

Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland

von Kathrin Niedermoser, Politikwissenschaftlerin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

EU-Infobrief Nr. 5, Arbeiterkammer Wien, erschienen im Dezember 2012

Griechenland als Symbol für die Krise

Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland

Die Krisenbearbeitung in Griechenland hat den ökonomischen Niedergang beschleunigt und das Land in eine folgenschwere soziale, politische und gesellschaftliche Krise gestürzt. Griechenland ist zum Symbol für die Krise der wirtschaftlichen und politischen Architektur der Europäischen Union geworden.

Kathrin Niedermoser

Seit Jahren arbeitet die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission verzweifelt an einer „Rettung“ des krisengeschüttelten Landes. Die Krisenbearbeitung besteht, in Anlehnung an die Schocktherapie-Programme des IWF in den 1980er und 1990er Jahren, im Wesentlichen aus zwei zentralen Elementen: der Senkung der Staatsausgaben durch strikte Austeritätspolitik und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Ökonomie durch eine „Abwertung nach Innen“.

Von der Finanzkrise über die Staatsschuldenkrise ... ■ Nach dem Ausbruch der Krise 2008/2009 schien die Hegemonie des Neoliberalismus kurzzeitig ins Wanken zu geraten. Die ersten konkreten Maßnahmen der Krisenbearbeitung schienen eine „Rückkehr der Staates“ einzuläuten. Tatsächlich ist es jedoch einmal mehr gelungen, die Krise „für die Ausweitung der neoliberalen Herrschaftsformation nutzbar zu machen“¹, indem Milliarden schwere Verluste, durch ihre Verschiebung in die öffentlichen Haushalte, sozialisiert wurden. Anschließend wurden die dadurch entstandenen Haushaltsdefizite nicht mehr als Auswirkungen der Krise, sondern als deren Ursache dargestellt. Damit ist eine diskursive Umdeutung gelungen, die

für die aktuelle Krisenbearbeitung - nicht nur in Griechenland - von zentraler Bedeutung ist.

Die Mär von den „faulen GriechInnen“ wird hochgehalten, um die tatsächlichen Ursachen für die zunehmend krisenhafte Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu verbergen.

Es ist somit auch kein Zufall, dass Qualitäts- und Boulevardblätter, sowie konservative ÖkonomInnen und führende PolitikerInnen den „ausufernden Lebensstil“, unverschämte hohe Pensionen oder die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der ArbeitnehmerInnen als Ursache für die Krise in Griechenland anführen. Diese Behauptungen halten jedoch einer näheren Betrachtung nicht stand. So gehen Männer in Griechenland durchschnittlich mit 61,9 Jahren (in Österreich mit 58,9) und Frauen mit 59,6 Jahren (in Österreich mit 57,5) in Pension.² Die Durchschnittspension in Griechenland lag 2007 bei 617 Euro, 2/3 der PensionistInnen erhielten allerdings weniger als 600 Euro monatlich.³ Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Griechenland liegt bei 2119 Stunden (in Österreich

bei 1621).⁴ Laut OECD-Angaben verfügte Griechenland bereits vor der Krise über eine der geringsten Beschäftigungsraten im Öffentlichen Dienst. Im Jahr 2008 betrug diese 7,9% und lag somit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 15%.⁵

Dennoch wird die Mär von den „faulen GriechInnen“ hochgehalten. Nicht zuletzt, um die tatsächlichen Ursachen für die zunehmend krisenhafte Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu verbergen. Die fatalen Auswirkungen der jahrzehntelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben, die Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft, ein Wirtschaftssystem, das auf Standort- und Wettbewerbsvorteilen aufbaut und somit auch VerliererInnen erzeugt, werden dabei ignoriert. Ebenso wie die Tatsache, dass die Ursachen für die steigende Staatsverschuldung in Griechenland letztendlich in der Finanzkrise und den strukturellen Ungleichgewichten der Eurozone gesucht werden müssen.⁶ Darüber hinaus werden durch diese Erzählung der Krise tradierte rassistische Stereotype reproduziert, die vor allem der Boulevard und rechte Parteien freudig aufnehmen.

...zur Austeritätspolitik ■ In Anknüpfung an die skizzierte Krisendeutung wird seit 2010 europaweit eine strikte Austeritätspolitik als Ausweg aus der Krise forciert. Mit dem Beschluss der Economic Governance („six-pack“) und dem Fiskalpakt fand diese Strategie ihren Einzug in die Budgetpolitik der EU-Mitgliedsstaaten, wobei Griechenland als Laboratorium für diese Politik betrachtet werden muss.

Seit 2010 wird in Griechenland infolge der Krisenbearbeitung das ➤



Piräus, Juni 2012

Foto: Kathrin Niedermoser

»

Sozialgefüge grundlegend umgestaltet. Der zentrale Angriffspunkt dabei ist das Pensionssystem. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wurde von 65 Jahre auf 67 Jahre erhöht, die 2 Pensionssonderzahlungen (13. und 14. Pension) wurden gestrichen. Bereits bis 2011 wurden die Pensionen durchschnittlich zwischen 20-30%⁷ gekürzt und die Beitragszeiten für einen abschlagsfreien Pensionsantritt von 35 auf 40 Arbeitsjahre erhöht. Das im November 2012 verabschiedete Sparpaket in der Höhe von 13,5 Milliarden Euro sieht alleine bei den Pensionen weitere Einsparungen im Ausmaß von 4,8 Milliarden Euro vor. INE, das wissenschaftliche Institut des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE, geht davon aus, dass PensionistInnen jährlich im Durchschnitt 2.000 Euro verlieren werden. Angesichts der ohnedies niedrigen Pensionen und der signifikant höheren Armutsgefährdung von älteren Menschen in Griechenland werden diese Maßnahmen die prekäre soziale Lage von PensionistInnen weiter verschärfen. Die Pensionen stellten bislang das Rückgrat des griechischen Sozialsystems dar. Während der Anteil der Pensionen am verfügbaren Haushaltseinkommen bei 25% (in Österreich 2008: 21%⁸) liegt,

tragen andere Sozialleistungen inkl. Arbeitslosengeld nur 3,2% (in Österreich 2008: 15%) zum Haushaltseinkommen bei.⁹

Infolge der Krisenbearbeitung wurde das Sozialgefüge in Griechenland grundlegend umgestaltet.

Als weiteres Herzstück der griechischen Austeritätspolitik gilt die Privatisierung aller (teil-) staatlichen Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen. Neben Häfen und Flughäfen, Autobahngesellschaften, Lotterien und staatlichen Industriebetrieben, sollen u.a. auch die öffentlichen Energieversorger, die Post, die Bahn und die kommunale Wasserversorgung in Athen und Thessaloniki privatisiert werden.

Auch der Gesundheitsbereich ist massiv von Einsparungen betroffen. Öffentliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden geschlossen, die Selbstbehalte für PatientInnen erhöht. Seit Monaten warnen Hilfsorganisationen angesichts der schlechten medizinischen Versor-

Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung des Lohnniveaus sind zentrale Elemente der Krisenbearbeitung.

ung vor einer humanitären Katastrophe in Griechenland.¹⁰ Oftmals fehlt es am Nötigsten, wie Verbandsmaterial oder Infusionen. Ende November wurde bekannt, dass es im Großraum Athen vermehrt zu Engpässen bei Antibiotika kommt. Ärztliche Leistungen und Medikamente können in den meisten Fällen nur noch gegen Barbezahlung bezogen werden, da der öffentliche Träger für Gesundheitsleistungen E.O.P.Y.Y. bei Apotheken und ÄrztInnen hoch verschuldet ist.

Auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind massiv von der Austeritätspolitik betroffen. Bis 2016 sollen 150.000 Arbeitsplätze abgebaut werden; zudem mussten die Beschäftigten alleine bis 2011 Gehaltseinbußen von 20-30% hinnehmen.¹¹ Das 13. und 14. Monatsgehalt wurde ersatzlos gestrichen.

„Internal Devaluation“ ■ Neben der Austeritätspolitik stellt die „Abwertung nach Innen“ den zweiten zentralen Mechanismus der Krisenbearbeitung in Griechenland dar. Die Kernelemente dieser Strategie sind die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung des Lohnniveaus. 2012 wurde der gesetzliche Mindestlohn um 22% auf 548 Euro netto (für ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahre auf 490 Euro netto) gekürzt. Das Branchenkollektivvertragssystem wurde durch mehrere Gesetze de facto ausgehebelt und die Nachwirkzeit von Kollektivverträgen zudem empfindlich eingeschränkt. Außerdem ist es seit 2010 auch möglich auf betrieblicher Ebene Vereinbarungen zu treffen, die eine Verschlechterung zum Kollektivvertrag bzw. zum gesetzlichen Mindest-

»



lohn vorsehen.¹² Laut OECD haben die Eingriffe in das griechische Lohnfindungssystem im Jahr 2011 zu einem nominalen Rückgang der Löhne und Gehälter um 25% geführt.¹³ INE beziffert die Einkommensverluste im Jahr 2011 mit 9,2 Milliarden Euro.¹⁴

Neben den Einschnitten bei den Löhnen und Gehältern wurde auch die arbeitsrechtliche Situation von ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtert. In der Arbeitsgerichtsbarkeit wurde die Stellung von ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtert, Entlassungen wurden vereinfacht, der Kündigungsschutz aufgeweicht, Abfindungen empfindlich gekürzt und die Arbeitszeit vollkommen flexibilisiert. Die hohe Arbeitslosigkeit und die drastischen Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherheit haben zur massiven Prekarisierung und zur Erosion der Arbeitsverhältnisse geführt. Der bereits vor der Krise hohe Anteil von nicht gemeldeten Beschäftigungsverhältnissen (20%) ist sprunghaft angestiegen und stellt in einigen Branchen inzwischen mehr die Norm als die Ausnahme dar. Durch die „interne Abwertung“ soll, laut Troika, die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessert werden. Dabei ist auch die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen immer wieder im Gespräch.¹⁵

Niedergang der Ökonomie ■ Weder die strikte Austeritätspolitik, noch die Politik der „Abwertung nach Innen“ haben das Budgetdefizit und die Zinsen für griechische Staatsanleihen nachhaltig senken können. Vielmehr zeichnet sich, angetrieben von einem Teufelskreis aus Sparprogrammen, Rezession und sinkenden Staatseinnahmen, eine Rückentwicklung der griechischen Ökonomie ab. Der Produktionsindex ist seit 2009 um 22,9% eingebrochen.¹⁶ Besonders betroffen sind die Industrie- und das Baugewerbe in denen alleine im letzten Jahr 65.000 bzw. 50.000 Arbeitsplätze verloren

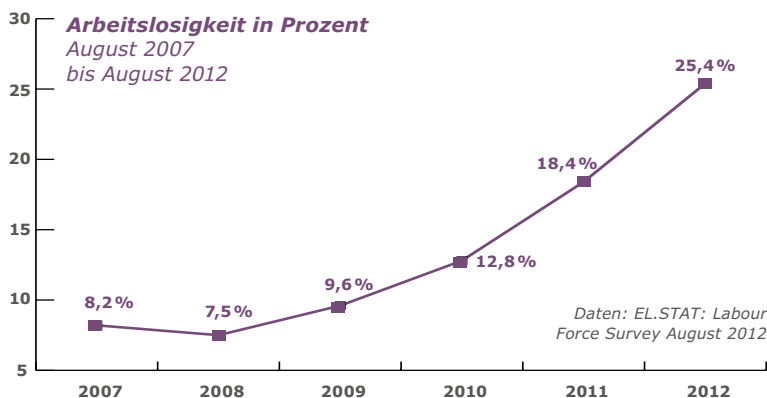
Die Spar- und Kürzungspolitik der letzten Jahre hat breite Schichten der Bevölkerung in die Armut getrieben.

gingen. Im Handel und im Gewerbe haben 88.000 ArbeitnehmerInnen ihre Jobs verloren.¹⁷ Hierbei handelt es sich jedoch nicht um vorübergehende oder konjunkturbedingte „Schwankungen“, da die Unternehmen in den meisten Fällen in Konkurs gegangen sind. Im Jahr 2011 ist die Zahl an Unternehmensinsolvenzen um über 33% angestiegen; ähnliches wird für das aktuelle Jahr prognostiziert.¹⁸ Darüber hinaus kündigten zahlreiche Unternehmen wie die Kaffeehauskette Costa Coffee, das Einzelhandelsunternehmen Carrefour oder der Elektrohändler Saturn¹⁹ ihren Rückzug aus dem griechischen Markt an. Als Grund nannten alle Unternehmen die mangelnde Kaufkraft der griechischen Bevölkerung.

Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung ■ Über 1,2 Millionen Menschen waren Ende August 2012 in Griechenland arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 25,4%. In den Jahren 2008 bis 2012 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen mehr als verdreifacht. Besonders anhand der Ar-

beitslosenzahlen wird deutlich, dass die neoliberale Krisenbearbeitung keinen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit liefert, sondern die angespannte Situation am griechischen Arbeitsmarkt massiv verschärft hat: im Zeitraum von August 2011- August 2012 ist die Arbeitslosigkeit um 38,4% gestiegen. Besonders dramatisch stellt sich die Situation für jüngere ArbeitnehmerInnen dar. Bei den Unter-25-jährigen lag die Arbeitslosigkeit bei 58%. Beinahe 60%²⁰ der registrierten Arbeitslosen gelten als langzeitarbeitslos, womit sie das Arbeitslosengeld verlieren und auch keine weitere staatliche Unterstützung wie Sozialhilfe erhalten. Zudem geht dadurch auch die Krankenversicherung verloren. Durch die drastische Senkung des Arbeitslosengeldes im Februar 2012 von 461 Euro auf 322 Euro wurden Millionen von GriechInnen in die Armut getrieben. Eurostat spricht von über 3 Millionen Menschen (27,7%) in Griechenland, die von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.²¹ Die bereits vor der Krise hohe Armutsgefährdung wurde durch Sparpakete und Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Alleine im Jahr 2010 fielen 5% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze.²²

Das Ausmaß der sozialen Katastrophe zeigt sich derzeit vor allem in den Städten. Alleine in Athen le-



»

ben über 30.000 Menschen auf der Straße. Meist in Gruppen haben sie überall in der Stadt ihre Lager aufgeschlagen. Hinzu kommen Tausende, die in Notquartieren oder bei Freunden und Familienangehörigen wohnen. An den Stadträndern von Athen und in Piräus beginnen Menschen, die ihre Wohnungen verlassen mussten, Hütten aus Holz zu bauen. Sie alle kämpfen tagtäglich gegen den Hunger, bitten PassantInnen um Geld und suchen im Abfall nach Essen. Die Scham steht dabei vielen ins Gesicht geschrieben. Seit der Einstellung sämtlicher staatlichen Förderungen für NGOs im August 2012 spitzt sich die Situation zu, da davon auch Hilfseinrichtungen betroffen sind.²³

Hunger ist in Griechenland längst kein Randphänomen mehr. Hunderttausende stehen tagtäglich in Suppenküchen Schlange. Nicht wenige von ihnen haben zwar noch Arbeit, können sich aber dennoch das tägliche Essen nicht mehr leisten. Hinzu kommen die vielen nicht sichtbaren Formen der Armut: Tausende Haushalte haben inzwischen keinen Strom, die Nachfrage nach Heizöl ist nach einer Preissteigerung eingebrochen, verzweifelte Eltern brin-

gen ihre Kinder in Heime, weil sie sie nicht mehr ernähren können.

Krise der Geschlechterverhältnisse ■ Durch die zunehmende Privatisierung des Sozialen kommen einmal mehr die Frauen massiv unter Druck. Nach Ausbruch der Krise waren sie die ersten, die vom formellen und informellen Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Anhand der Arbeitslosenzahlen und der Armutsgefährdung wird deutlich, dass Frauen von der Krise mehr betroffen sind als Männer. Hinzu kommt, dass der Rückzug in die Familie, als oftmals einziger Ausweg, zu einer Mehrbelastung von Frauen führt.

Krise des politischen Systems ■ Die Krise in Griechenland hat längst keine rein ökonomische Dimension mehr sondern hat sich tief in die Gesellschaft und in das politische System eingeschrieben. Die Neuwahlen im Juni 2012, nachdem die ersten Wahlen im Mai keine Regierungsmehrheit brachten, waren nur die Vorboten für den zunehmenden Zerfall des traditionellen griechischen Parteiensystems. Besonders deutlich wird die politische Krise anhand der Implosion der sozialdemo-

kratischen PASOK. Während die ehemalige Massenpartei seit den 1990er Jahren bei Parlamentswahlen immer zwischen 38-48% erreichte, stürzte sie bei den Wahlen im Juni 2012 auf 12% ab. Vorgegangen waren zahlreiche Ausschlüsse und Austritte. Neben den herben Verlusten in den traditionellen ArbeiterInnenvierteln in den Städten, sind auch traditionell PASOK-nahe Gewerkschaften, wie zum Beispiel die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter GENOP-DEI, mittlerweile deutlich auf Distanz zur PASOK gegangen.

Die knappe Mehrheit von drei Stimmen, die die Regierungskoalition aus ND, PASOK und DIMAR bei der Abstimmung des letzten Sparpaktes im November 2012 erreichte, verdeutlicht die instabilen politischen Verhältnisse in Griechenland. Neuwahlen werden immer wahrscheinlicher.

Die Politik der griechischen Regierung stützt sich auf keine breite Mehrheit in der Bevölkerung. Neuwahlen werden immer wahrscheinlicher.

2012 mussten die Parlamentswahlen, mangels Regierungsmehrheit, wiederholt werden.

Foto: Kathrin Niedermoser



In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Generalstreiks und Großdemonstrationen gezeigt, dass sich die Krisenpolitik der jeweiligen griechischen Regierungen auf keine Mehrheit in der Bevölkerung stützen kann. Die zunehmende Entdemokratisierung politischer Entscheidungsprozesse lässt sich auch in Griechenland feststellen.²⁴ Gesetze werden in Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht, zahlreiche Beschlüsse der letzten Jahre gelten als verfassungswidrig, Interessensvertretungen werden komplett aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, etc. Darüber hinaus wird sozialem Protest oftmals mittels Kriminalisierung, Polizeigewalt und Repression begegnet. Inzwischen weisen auch Menschen- »



Oktober 2012: Über 30.000 Menschen leben in Athen auf der Straße.

Foto: Kathrin Niedermoser

»

rechtsorganisationen wie Amnesty International auf die zunehmende Repression gegen die Protestbewegungen in Griechenland hin.²⁵

Rassismus und Gewalt ■ In die Lücke der politischen Repräsentation²⁶ dringen vermehrt rassistische und neonazistische Gruppierungen und Organisationen vor. Die offen faschistische Schlägerbande Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) erhielt bei den letzten Wahlen fast 7% und zog mit 18 Abgeordneten ins Parlament ein. Neben der Errichtung von Arbeitslagern und Zwangssterilisationen fordert Chrysi Avgi den Einsatz von Landminen in den griechischen Grenzgebieten. Mittels paramilitärischer Strukturen kontrolliert die faschistische Schlägerbande inzwischen ganze Stadtteile und präsentiert sich als Ordnungshüterin. In Athen kommt es inzwischen beinahe tagtäglich zu organisierten Überfällen auf MigrantInnen. Die US-Botschaft in Athen warnt seit Mitte November vor rassistischen Übergriffen in griechischen Städten.²⁷ Bedenklich stimmt auch die immer wieder dokumentierte Verbindung zwischen Chrysi Avgi und der Polizei.

In Athen kommt es beinahe tagtäglich zu organisierten Überfällen auf MigrantInnen.

Situation von Flüchtlingen ■

Umso fataler ist es, dass die Regierungspolitik in Griechenland dieser Radikalisierung nichts entgegensetzt, sondern die entsolidarisierte und gewaltbereite Stimmung gegen MigrantInnen zusätzlich anheizt. Pünktlich mit der Ankündigung von neuen Einschnitten im Sozial- und Gesundheitsbereich startete die Regierung im Sommer 2012 die Operation „Xenios Zeus“. Landesweit machten Hundertschaften von PolizistInnen Jagd auf MigrantInnen. NGOs berichteten von zahlreichen Übergriffen und massiver Gewaltanwendung. Wenige Tage später wurde ein Iraker in Athen auf offener Straße erstochen; in einem kleinen Ort am Peloponnes wird ein Ägypter mit dem Kopf in ein Autofenster eingeklemmt und kilometerweit mitgeschleift.

Durch die lange Landesgrenze gilt Griechenland, noch vor Italien oder Spanien, als bevorzugtes Einwan-

derungsland in die EU. Alleine 2011 strandeten über 55.000 MigrantInnen in Griechenland.²⁸ Ihre Zielorte liegen oft in anderen Ländern der Europäischen Union. Aufgrund der Dublin-II-Verordnung müssen Asylsuchende jedoch in Griechenland auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Die Mittel, die seitens der EU zur humanitären Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland zur Verfügung gestellt werden belaufen sich auf 10 Millionen Euro, während sich die EU die „Grenzsicherung“ in Griechenland 300 Millionen Euro kosten lässt.²⁹ Angesichts der sozialen Lage ist die ohnedies angespannte Situation nun vollkommen eskaliert. Der Alltagsrassismus ist in Gesprächen mit Menschen auf der Straße ständig präsent. Vor allem wird dabei das Bild von MigrantInnen, die dem Staat auf der Tasche liegen, fleißig reproduziert. Tatsächlich konnten Flüchtlinge in Griechenland noch nie auf eine umfangreiche Unterstützung durch den Staat bauen. Sie haben ihr Schicksal längst selbst in die Hand genommen und arbeiten im informellen Sektor als StraßenverkäuferInnen oder schufteten illegalisiert und ohne Rechte auf den Obst- und Gemüseplantagen. Ihre Hungerlöhne garantieren, ähnlich wie in Italien und Spanien, nach wie vor die Profite im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor.

Selbstorganisation ■ Die skizzierten Entwicklungen der politischen Krise bergen auch einen Moment der Selbstorganisation in sich. Insbesondere in den letzten Monaten sind viele Initiativen entstanden, die der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft und letztendlich auch der vom Neoliberalismus suggerierten Alternativlosigkeit entgegentreten.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel ist die „Klinik der Solidarität“ im nordgriechischen Thessaloniki. Die Ambulanz wurde im Herbst 2011 von ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen »

»

und TherapeutInnen gegründet und diente ursprünglich der ambulanten medizinischen Versorgung von Flüchtlingen. Die Ambulanz befindet sich in den Räumlichkeiten des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE und wird selbstverwaltet von den behandelnden ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und TherapeutInnen geführt, die ausschließlich ehrenamtlich arbeiten. Im Zuge der sozialen Krise in Griechenland begannen, neben Flüchtlingen, immer mehr GriechInnen aufgrund von fehlendem Versicherungsschutz und massiven Einsparungen im Gesundheitssystem die Einrichtung zu nutzen. Heute nehmen täglich 80 – 100 PatientInnen die breite Palette an Leistungen der Ambulanz (Allgemeinmedizin, Zahnmedizin, Neurologie, Orthopädie, Kinder- und Jugendheilkunde, Psychiatrie und Psychotherapie) in Anspruch.

Des Weiteren verfügt die Ambulanz über eine Apotheke, in der PatientInnen kostenlos Medikamente erhalten. Außerdem bietet die Ambulanz kostenlose Schutzimpfungen für Kinder an, da sich die meisten Eltern diese nicht mehr leisten können. Die „Klinik der Solidarität“ legt großen Wert auf politische Unabhängigkeit, versteht sich selbst aber als politisches Projekt und neben konkreter Hilfe zielen die Aktivitäten auch auf Partizipation und Selbstorganisation ab.

Radikalierter Neoliberalismus als Ausweg aus der Krise? ■ Die griechische Krise und ihre Bearbeitung stehen stellvertretend für die Krisenpolitik (in) der Europäischen Union. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob dieser eingeschlagene Weg eines auto-

In den letzten Monaten sind viele Initiativen entstanden, die der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft entgegenreten.

ritären und radikalisierten Neoliberalismus sich langfristig durchsetzen kann. Ein Blick nach Griechenland verdeutlicht, dass dies das Ende des Europäischen Sozialmodells bedeuten würde, denn auch wenn dieses im Vertrag von Lissabon bestätigt wurde, weist die derzeitige Krisenpolitik in den südlichen Krisenländern einen anderen Weg.³⁰

Kathrin Niedermoser ■

Politikwissenschaftlerin in Wien
kathrin.niedermoser@univie.ac.at

1) Bader, Pauline et al (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus; In Demirović, Alex et al (Hg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, S. 14.

2) ver.di Bundesvorstand (2012): *Europa am Scheideweg*.

3) vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2011): „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!“ 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, S. 6.

4) vgl. ver.di Bundesvorstand (2012): *Europa am Scheideweg*.

5) OECD (2011): *Government at a Glance 2011. Country Note: Greece*, S. 2.

6) Kaltenbrunner, Annina (2012): *Strukturelle Ungleichgewichte und Austerität. Gibt es eine Zukunft für periphere Länder in der Eurozone?*, Kurswechsel 1/2012, S. 114.

7) Malkoutzis, Nick (2011): *Griechenland – ein Jahr in der Krise*, S. 3.

8) vgl. BMASK (2009): *Armutgefährdung in Österreich. Eingliederungsindikatoren. Sozialpolitische Studienreihe*, S. 144.

9) vgl. Matsaganis, Manos (2011): *The welfare state and the crises: the case of Greece*, S. 3.

10) vgl. Handelsblatt v. 01.03.2012: In

Griechenland setzt sich der Hunger fest. Onlineausgabe.

11) vgl. Malkoutzis, Nick (2011), S. 3.

12) vgl. Fulton, Lionel (2011): *Arbeitnehmerbeteiligung in Europa*. Labour Research Department und ETUI.

13) vgl. Handelsblatt v. 26.04.2012: *Gehälter in Griechenland brechen um ein Viertel ein*. Onlineausgabe.

14) vgl. Lanara, Zoe (2012): *Trade Unions in Greece and the Crises. A Key Actor under Pressure*, S. 6.

15) vgl. Die Zeit v. 02.09.2012: *Sonderbehandlung soll Griechenlands Wirtschaft retten*. Onlineausgabe.

16) vgl. EL.STAT: *Production Index in Industry 2008-2009*.

17) vgl. EL.STAT: *Labour Force Survey. 1st Quarter 2012*.

18) vgl. Wirtschaftsblatt v. 04.09.2012: *Konjunkturfalste treibt Insolvenzen*. Onlineausgabe.

19) Ekathimerini v. 30.07.2012: *Foreign firms leaving domestic market in numbers*. Onlineausgabe.

20) alle Zahlen zur Arbeitslosigkeit: vgl. EL.STAT (2012): *Labour Force Survey (LFS), August 2012*.

21) vgl. Eurostat (2012): http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-21_de.htm?locale=FR (28. Oktober 2012).

22) vgl. ETUI (2011): *Policy Brief Issue 5/2011, Inequality, poverty and the crisis in Greece*.

23) vgl. Ansaamed (2012): http://ansamed.ansa.it/ansamed/en/news/sections/economics/2012/08/22/Crisis-Greece-freezes-public-funding-NGOs_7365741.html (6. November 2012).

24) vgl. Bader et al (2011): S. 21.

25) vgl. Amnesty International (2012): <http://www.amnesty.org/en/region/greece/report-2012> (30. November 2012)

26) vgl. Bader et al (2011): S. 23.

27) vgl. US Embassy Athens: http://photos.state.gov/libraries/greece/38517/uscitizens/sec_message_greece.pdf (27. 11. 12).

28) vgl. taz v. 15.07.2012: *Folgen der Griechenlandkrise. Flüchtlinge als Sündenböcke*. Onlineausgabe.

29) ebd.

30) vgl. Altvater, Elmar (2010): *Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur*, S. 94.

Worin unsere Stärke besteht ...

von Kathrin Niedermoser,

Politikwissenschaftlerin, und

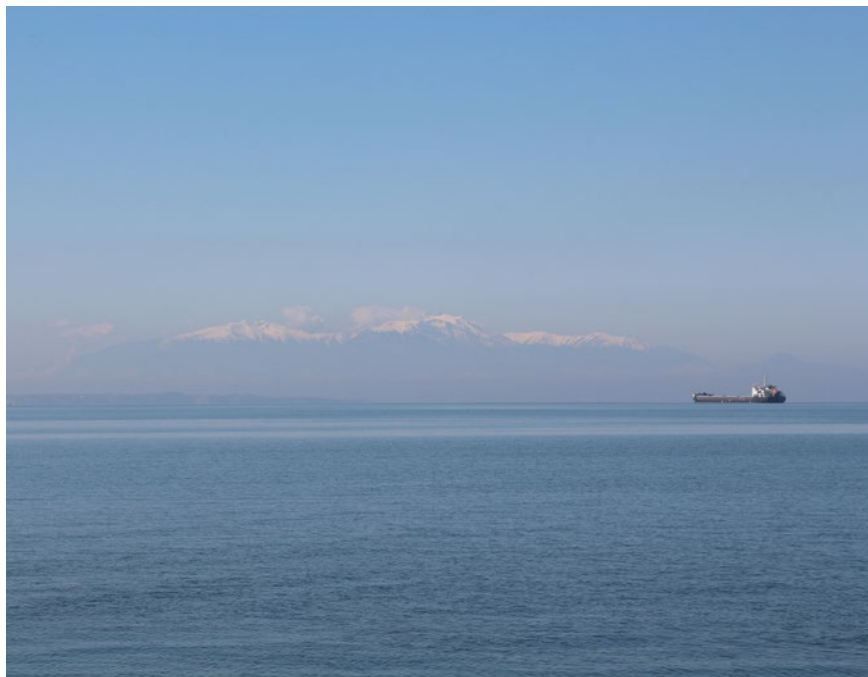
Lukas Neißl, *Generalsekretär der Internationalen Historiker Konferenz (ITH)*

Griechenland. Das war für viele von uns Kreta, Naxos und Zakynthos ... Sonne, Strand und Meer ... Ouzo, griechischer Salat und Tzatziki. Oder die Akropolis und Mikis Theodorakis.

Doch plötzlich war Griechenland in den Mittelpunkt der Euro-Krise geraten. Die verheerenden Auswirkungen der Austeritätspolitik – gepaart mit den über Medien und Politik kommunizierten Rassismen gegen die griechische Bevölkerung – erforderten Handeln.

Daraus entstand die Idee, mit KollegInnen in Griechenland Kontakt aufzunehmen, um konkrete Solidarität zu leisten. Es folgten eine Reise nach Athen, viele E-Mails und Telefonate, bis letztendlich im September 2012 der Kontakt zur Solidaritätsklinik „Koinoniko Iatreo Allegis“ („Klinik der Solidarität“) in Thessaloniki hergestellt wurde. Und so startete im März 2013 die Kampagne „Klinik der Solidarität“, die von weltumspannend arbeiten, dem entwicklungspolitischen Verein im Österreichischen Gewerkschaftsbund getragen wurde. Das Motto war: „Wir lassen unsere KollegInnen in Griechenland nicht alleine.“

Ausgehend von der Überzeugung, dass Griechenland als Labor für die neoliberale und autoritäre Krisenbearbeitung innerhalb der EU steht, gab es innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung rege Diskussionen und Debatten. Das Unbehagen darüber, dass es letztendlich die breite Masse der Bevölkerung ist, die für die Auswirkungen der Krise 2008/2009 bezahlen muss, war ein wesentlicher Anknüpfungspunkt, um auf die aktuelle Situation in Griechenland aufmerksam zu machen. Wesentlich war für uns dabei, solidarisch mit jenen Kräften in Griechenland zu sein, die sich aktiv gegen diese Politik zur Wehr setzten und somit an vorderster Front gegen die neoliberale Krisenbearbeitung innerhalb Europas kämpften.



Blick vom Hafen Thessalonikis auf den Olymp

Im Rahmen der Krise entstanden in Griechenland zahlreiche Solidaritätsinitiativen, die sich neben konkreter Hilfestellung im Alltag auch als politische Projekte verstanden. Eine dieser Einrichtungen ist die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki. Dort wird primäre Gesundheitsversorgung für jene angeboten, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Schätzungen gehen derzeit davon aus, dass dies zwischen 30 und 40 Prozent der griechischen Bevölkerung sind.

Das Ziel der Initiative war es einerseits, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Kritik am Kurs der vorherrschenden Krisenpolitik in Europa aufzuzeigen. Dies geschah über Vorträge, Seminare und Workshops, Artikel und dem Betreiben einer Homepage (www.klinik-der-solidaritaet.at). Andererseits ging es jedoch auch konkret darum, jene Kräfte in Griechenland zu unterstützen, die sich gegen die neoliberale Krisenbearbeitung zur Wehr setzten.

Ebenso wie die Einrichtung in Griechenland verstand sich auch die Kampagne in Österreich als politisches Projekt und nicht als Charity-Aktion. Um die Gesundheitsambulanz konkret zu unterstützen, wurden zwar Spenden und Hilfsgüter gesammelt, aber ein we-

sentlicher Punkt der Arbeit bestand in politischer Bildungsarbeit in Gewerkschaften und Betrieben.

Im November 2013 und im April 2014 besuchten zwei Delegationen von BetriebsrätInnen und GewerkschaftlerInnen Thessaloniki, im Juli 2014 eine Gruppe der Sozialistischen Jugend Oberösterreich (siehe Kapitel „Solidaritätsreisen nach Thessaloniki“ in diesem Bericht). Wichtig war uns, dass es sich bei diesen Reisen nicht um „Polit-Tourismus“ handelte, sondern um Begegnungsreisen, deren Erfahrungen weitergetragen werden sollten. Und so entwickelten sich in Folge dieser Bildungsreisen mehrere konkrete Projekte auch in Österreich.

Neben der „Klinik der Solidarität“ besuchten wir im Rahmen der Solidaritätsdelegationen auch andere Initiativen, wie etwa den selbstverwalteten Betrieb BIO.ME, den besetzten Fernsehsender ERT3 sowie verschiedene Nachbarschaftskollektive, Gewerkschaften und Parteien.

Im Mai 2014 machten sich zwei junge Betriebsräte, im Rahmen eines Praktikums der Sozialakademie der Arbeiterkammern, mit einem Kleinlastwagen auf den Weg nach Thessaloniki. In mona-

telanger Arbeit sammelten sie mit Unterstützung von GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen in Österreich Hilfsgüter und unterstützen drei Wochen Solidaritätsinitiativen vor Ort in Griechenland (siehe Kapitel „Wir für die Klinik“ in diesem Bericht).

Die Resonanz auf die Solidaritätsinitiative liegt weit über den ursprünglichen Erwartungen und zeigte uns auch, dass die bereits verloren geglaubte Tradition der internationalen Solidarität innerhalb der ArbeiterInnenbewegung kein Relikt vergangener Tage ist, sondern von vielen Kolleginnen und Kollegen gelebt wird.

Internationale Solidaritätsarbeit ist nicht immer einfach. Die Distanz ist groß, es gibt sprachliche und kulturelle Hürden und viele Dinge funktionieren anders, als man es gewohnt ist. Das erfordert Geduld und Toleranz bei allen Beteiligten. Bestimmt wurden auch Fehler gemacht. Am wichtigsten erscheint uns die Erkenntnis, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Wir haben viel von unseren KollegInnen in Griechenland gelernt. Immer wieder waren wir von ihrem Mut, ihrer Entschlossenheit und ihrem Engagement beeindruckt. Unsere gemeinsame Arbeit war ein Prozess, aus dem wir viele wichtige Erfahrungen für internationale Solidaritätsarbeit, Selbstorganisation und unsere eigene politische Praxis sammeln konnten.

Die Tatsache, dass ein Verein, der ursprünglich gegründet worden war, um Nord-Süd-Projekte im gewerkschaftlichen Kontext voranzubringen, eine Solidaritätsinitiative innerhalb von Europa startete, zeigt auf, welche tiefen strukturellen und sozialen Einschnitte die vorherrschende Krisenpolitik mit sich brachte und dass der „Süden“, den wir bisher in Afrika, Asien und Südamerika verorteten, nun plötzlich auch mitten in Europa zu finden ist.

Die Erfahrungen aus dem Solidaritätsprojekt stärken uns dabei, den Widerstand gegen eine Politik, die solche Verhältnisse schafft, weiter gemeinsam voranzutreiben und für eine Gesellschaft abseits von kapitalistischer Profit- und Verwertungslogik einzutreten.



In der Apotheke der „Klinik der Solidarität“ können PatientInnen kostenlos Medikamente beziehen.



Lukas Neißl im Gespräch mit einer Ärztin



Verschiedene FachärztInnen arbeiten ehrenamtlich in der „Klinik der Solidarität“.

Wassilij Tsapas, Arzt in der „Klinik der Solidarität“, sagt uns in einem der vielen Gespräche, wofür die Klinik steht:

„Wir verstehen uns weder als Charity-Aktion noch als karitative Einrichtung. Da gibt es nicht den einen, der gibt, der spendet und den anderen, der nimmt. Solidarität ist nur auf Augenhöhe möglich.“

Wir begegnen uns auf der gleichen Ebene, weil wir einander helfen, einander beistehen, jeder auf die Weise, die ihm möglich ist. Und es gibt bei uns keine Chefs. Alle Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Den Kampf um eine gerechtere Gesellschaft können wir nur gemeinsam führen. Das müssen alle begreifen.“



Wassilij Tsapas, Intensivmediziner

Willkommen in der „Klinik der Solidarität“

Eine kurze Beschreibung des eigenen Selbstverständnisses

Mit folgendem Brief werden neue PatientInnen in der „Klinik der Solidarität“ begrüßt. Hier beschreiben die freiwilligen HelferInnen der „Klinik der Solidarität“, wie in der Klinik gearbeitet wird, welche Leistungen zur Verfügung gestellt werden und wo die Grenzen einer solchen Klinik liegen:

Die Räumlichkeiten, die Sie gerade betreten, sind weder eine staatliche Einrichtung noch eine NGO. Sie wurden uns unentgeltlich von der Landesorganisation der GSEE² zur Verfügung gestellt, die auch die Strom- und Heizkosten deckt. Die Kosten für Telefon, Medikamente, Impfstoffe, medizinische Geräte und Medizinbedarf aller Art werden von unterstützenden Gewerkschaften, Kollektiven und Einzelpersonen getragen.

Die „Klinik der Solidarität“ wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet und betrieben. *Das gesamte medizinische Personal und alle, die Verwaltungstätigkeiten oder andere Arbeiten im täglichen Betrieb der Gesundheitsambulanz, der Zahnambulanz und der Apotheke übernehmen, sind davon überzeugt, dass Gesundheit ein Recht und keine Ware ist.*

Wir fordern ein öffentliches, allgemein zugängliches und kostenloses Gesundheitswesen für alle (GriechInnen und MigrantInnen)! *Wir verurteilen die gegenwärtige Regierung, die es nicht nur unterlässt, ein solches Gesundheitswesen zu gewährleisten, sondern stattdessen alles unternimmt, um Ihnen – den nicht krankenversicherten Menschen – dieses Recht zu nehmen. Wir alle versuchen Sie zu unterstützen; insbesondere da Sie nun sogar in den öffentlichen Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen zur Kasse gebeten werden.*

Wir möchten auch klarstellen, dass wir Personen, die gesetzlich oder privat krankenversichert sind, in dieser Gesundheitsambulanz leider nicht behandeln können. *Wir bitten um Ihr Verständnis und möchten darauf hinweisen, dass krankenversicherten Personen noch andere Möglichkeiten medizinischer Versorgung offenstehen (z. B. Behandlungen in öffentlichen Krankenhäusern).*

Wir spenden keine Almosen, sondern organisieren Solidarität im Kampf für unser Recht auf kostenlose Gesundheitsversorgung. Wir arbeiten ehrenamtlich und verdienen kein Geld. Die Behandelten müssen hier für nichts bezahlen und wir werden von niemandem bezahlt. *Im Gegenteil, sofern wir können, spenden wir Geld aus unseren eigenen Taschen. Auch unsere externen KollegInnen in Laboren und anderen Gesundheitseinrichtungen, zu denen wir Sie wenn nötig überweisen, arbeiten unentgeltlich.*

Wir arbeiten mit größter Sorgfalt und auch unter großen Mühen. Wir widmen den Großteil unserer spärlichen Freizeit, die uns neben unseren Jobs, von denen wir leben, bleibt, der Arbeit in dieser Gesundheitsambulanz. Sollten Sie eine stationäre Behandlung benötigen, werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um Ihnen einen kostenlosen Krankenhausaufenthalt zu ermöglichen. Wir werden Druck auf die jeweilige Krankenhausverwaltung ausüben und dafür eintreten, dass das Krankenhaus das unmenschliche Gesetz missachtet, das nicht krankenversicherten

Menschen die Gesamtkosten für stationäre Krankenhausaufenthalte aufbürdet. Wir können allerdings nicht garantieren, dass unsere Anstrengungen erfolgreich sein werden.

Ebenso wenig können wir garantieren, dass wir immer eine Lösung für Ihre Gesundheitsprobleme haben. Wir können nicht das gesamte Gesundheitswesen ersetzen. *Manchmal werden wir nicht das geeignete Medikament oder den geeigneten Impfstoff in unserer Apotheke vorrätig haben. Es kann auch sein, dass wir über keine/n geeignete/n Fachärztin/Facharzt verfügen oder dass wir einen vereinbarten Termin nicht einhalten können. Trotz terminlicher Voranmeldungen, kann es zu durchaus längeren Wartezeiten kommen, da Ihr/e Arzt/Ärztin hier bei uns oder anderswo einen Notfall behandeln muss.*

Aber wir sind der Meinung, dass unsere Anstrengungen manchmal auch Ihre Geduld verdienen. Darüber hinaus benötigen wir Ihre moralische Unterstützung und Ihre aktive Teilnahme *in Form von hilfreichen Anmerkungen und Vorschlägen für die Verbesserung des Gesundheitszentrums. Vor allem aber brauchen wir Ihre Unterstützung und aktive Teilnahme im Kampf für die Wiedererrichtung eines tatsächlich öffentlichen und kostenlosen Gesundheitswesens, das ausreichend staatlich finanziert ist und allen Menschen eine umfassende, qualitativ hochwertige und kostenlose medizinische Versorgung anbietet.*

**Für Gleichheit und Solidarität!
„Klinik der Solidarität“, Thessaloniki**

² Der griechische Gewerkschaftsdachverband GSEE organisiert ArbeiterInnen, Angestellte in der Privatwirtschaft und in staatlich kontrollierten Bereichen, wie Banken, Verkehr und Energie- und Wasserversorgung.

Solidarity kept us alive

von **Katerina Notopoulou**, Psychologin, Mitarbeiterin in der „Klinik der Solidarität“,
Berichterstatterin über Griechenland sowie die „Klinik der Solidarität“ für weltumspannend arbeiten



Katerina Notopoulou vor der „Klinik der Solidarität“

In the past hard years in Greece we had to fight against cruel neoliberalism. We experienced policies that not only were against the masses but would also kill human beings in order to satisfy numbers. In these nightmare what kept us alive was solidarity. It was like a wave, strong enough to raise our dignity up, it was like wind, powerful enough to change the scene, it was roots, roots of different policies to support the people!

In these hard years we were not alone. We had real and important support outside Greece, with the outstanding example of the solidarity campaign of “weltumspannend arbeiten” concerning the solidarity clinic of Thessaloniki. We had support of materials and financial to keep on working. It means thousands of patients found doctors and medicine!!!

But in most important level we had political support to this unfair war against Greek people and against the lower classes. Our cooperation, our common fights had results that at the beginning we could not imagine. So much practical help and the truth of these policies, little by little was revealed.

But also we constructed a small paradigm of another way to get organized, with more equality, more democracy. A front between Greek people and austri-

an trade unionists arised! A front of solidarity, fair fights, and new calls coming from the movement. We found comrades, we found friends in sorrow times.

Then in Greece we had big victories of people. The elections and the referendum of the winning „NO“ to austerity policies. Then we had the coup which was a big disappoint at everyone. Now, again being threatened every day at the negotiations, at the same time we are trying hard to establish the roots of another policy in the dimension of solidarity. In every aspect of a state policy but especially in the field of health. All people have access to the NHS now, no distinction between people with or

without insurance. The problems are still many, such as not enough personnel or not enough budget. At the same time we are trying to keep alive the thousands of refugees who are stucked here, because EU “feels threatened”! This EU that threatens the peoples...

We want to thank you for the support of these years, for giving us the material and the power to run the solidarity initiatives and the clinic. And basically for your will to look beside the lines, to find out the truth and stand by our side. Personally, I am also thankful and amazed!

We have to go on and we have to make it. It s not a story telling, it's real life ...



**Demonstration gegen die Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich.
Die Reisegruppe aus Österreich erklärt sich solidarisch.**



**Eingang zur „Klinik der Solidarität“ im
Bildungshaus der Gewerkschaft GSEE**



Wartezimmer in der „Klinik der Solidarität“

Übersetzung:

Die Solidarität hielt uns am Leben

Die vergangenen Jahre in Griechenland waren hart, denn wir mussten gegen den grausamen Neoliberalismus kämpfen. Wir erlebten eine Politik, die nicht nur gegen die Bevölkerung war, sondern die auch Menschenleben kostete, nur um „Zahlen“ zu erfüllen. Was uns während dieses Albtraums am Leben hielt, war die Solidarität. Es war wie eine Welle, die stark genug war, um unsere Würde hochzuhalten, es war wie der Wind, der kräftig genug war, um die Situation zu ändern, es waren die Wurzeln verschiedener politischer Ansätze, die uns Menschen hier unterstützten.

In diesen harten Jahren waren wir nicht allein. Wir hatten eine lebendige und wichtige Unterstützung außerhalb Griechenlands mit dem herausragenden Beispiel der „weltumspannend arbeiten“-Solidaritätskampagne „Klinik der Solidarität“. Wir wurden mit Materialien und Geldmitteln unterstützt, um weiterarbeiten zu können. Das bedeutete, dass Tausende von PatientInnen ärztliche Versorgung und Medikamente erhielten.

Am wichtigsten war jedoch, dass wir politische Unterstützung im Kampf gegen diesen unfairen Krieg gegen das griechische Volk und sozial Bedürftige bekamen. Durch diese Zusammenarbeit und unseren gemeinsamen Kampf, erzielten wir Ergebnisse, von denen

wir nicht zu träumen gewagt hatten. Es war so viel praktische Hilfe da und Schritt für Schritt wurde über die Wahrheit dieser Sparpolitik aufgeklärt.

Aber auch wir entwickelten einen neuen Weg der Zusammenarbeit mit mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie. Eine Bewegung von griechischen und österreichischen GewerkschafterInnen entstand! Wir fanden KameradInnen und wir fanden Freunde in diesen schwierigen Zeiten.

Dadurch konnte die Bevölkerung Griechenlands bei den Wahlen und dem Referendum, das ein deutliches „Nein“ zur Austeritätspolitik hervorbrachte, große Siege verbuchen. Danach kam jedoch der Putsch, der für alle eine große Enttäuschung war. Jetzt, wo wir bei den Verhandlungen täglich erneut bedroht werden, versuchen wir, die Grundlage einer anderen Politik, die auf Solidarität aufbaut, zu schaffen. In allen Aspekten der staatlichen Politik, aber vor allem im Bereich der Gesundheit. Alle Menschen sollen ohne Unterscheidung „mit oder ohne Versicherung“ Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die Probleme sind immer

noch groß, denn es fehlt an Personal und das Budget ist zu knapp. Gleichzeitig versuchen wir, den Tausenden Flüchtlingen zu helfen, die hier festsitzen, weil sich die EU von ihnen „bedroht“ fühlt. Es ist jedoch die EU, die Völker bedroht.

Wir möchten euch für die Unterstützung während der letzten Jahre danken, durch die wir die Kraft hatten, die Klinik und die Solidaritätsinitiativen zu führen. Vor allem dafür, dass ihr auch hinter die Kulissen geschaut habt, um die Wahrheit herauszufinden und uns beizustehen. Ich persönlich bin so dankbar!

Wir müssen weitermachen und wir müssen es schaffen. Es ist nicht nur eine Geschichte, es ist das wahre Leben ...



Ein Ausblick von der „Klinik der Solidarität“ auf das Viertel



Behandlungszimmer in der „Klinik der Solidarität“

Europa braucht ein neues Rezept!

von Judith Vorbach, Referentin der Arbeiterkammer Oberösterreich

Vor über zwei Jahren wurde folgender Text als Beitrag für das Kochbuch „Rezepte gegen die Krise“ geschrieben. Den Text heute zu lesen und das Kochbuch wieder durchzublättern ruft Erinnerungen wach; einerseits an die beeindruckende und lehrreiche Solidaritätsreise nach Thessaloniki im November 2013, andererseits aber auch an die heftigen politischen Auseinandersetzungen, die seither stattgefunden haben:

Die schlechten Zutaten der Krise

Über Jahre hinweg feierten einige Staaten – darunter Österreich und Deutschland – ihre Exporterfolge. Die Kehrseite der Medaille war, dass andere Staaten – darunter Griechenland – jahrelang mehr aus dem Ausland einkauften als verkauften. Dies wurde angefacht durch üppige Kreditflüsse ausländischer Banken an die „Importstaaten“, sodass sich die Güter- und Kapitalströme zunächst ergänzten. Im Laufe der Zeit türmten sich aber immer bedrohlichere Ungleichgewichte auf.

Im Zuge der Finanzkrise 2008 gerieten auch viele europäische Banken unter Druck, sodass deren Kredite versiegten. Das traf Griechenland angesichts seiner schwachen Wirtschaftsstrukturen und der hohen Auslandsverschuldung an einem wunden Punkt. Dazu kamen die plötzliche Abwertung griechischer Anleihen auf „Ramschqualität“ durch Ratingagenturen und die

Möglichkeit, gegen die Zahlungsfähigkeit Griechenlands zu wetten und aus der misslichen Lage Profit zu schlagen.

Zu erwähnen ist aber auch, dass bei der Gründung der Europäischen Währungsunion ausgeschlossen wurde, dass Staaten in der Krise füreinander einspringen. Außerdem wurde der Direkterwerb von Anleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) verboten, sodass diese im Krisenfall nicht stabilisierend eingreifen kann, wie es etwa die japanische oder US-amerikanische Zentralbank machen.

Dieses Gebräu an Umständen feuerte die Finanzspekulation gegen Griechenland an, sodass es im Mai 2010 zum extremen Anstieg der Renditen auf griechische Anleihen kam, was die Finanzierung Griechenlands über private Finanzmärkte unmöglich machte.

Unterdessen wuchsen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vielerorts Zweifel an den Segnungen unkontrollierter Märkte, und die Rufe nach einer effektiven Regulierung des Finanzsektors wurden immer lauter. Ab Frühling 2010 verlagerte sich die Debatte aber zusehends. Nachdem aufgrund der Krise die öffentliche Verschuldung angestiegen war, wurde dieses Symptom der Krise plötzlich zur Ursache erklärt. Und man setzte alles daran, die „verunsicherten“ Finanzmärkte mittels Kürzungen öffentlicher Ausgaben zu „beruhigen“, statt sie zu bändigen. Gleichzeitig wurden in Europa längst überholt geglaubte nationale Vorurteile aufgewärmt.

In diesem Klima wurden „Rettungsschirme“ aufgespannt, um einen Staatsbankrott in Griechenland abzuwenden, der auch die Gläubiger (zum Beispiel europäische Banken oder Versicherungen) empfindlich getroffen hätte. Tatsächlich landeten

mehr als drei Viertel der Gelder aus den „Rettungsschirmen“ am Finanzsektor. Gleichzeitig wurde die Stützung aber an drastische Programme auf Kosten der griechischen Bevölkerung geknüpft. Verlangt wurden die rigorose Kürzung öffentlicher Ausgaben und die Einschränkungen sozialer Rechte. Erarbeitet und überwacht werden die Programme von der sogenannten Troika, die sich aus Vertretungen von EZB, EU-Kommission und IWF zusammensetzt.

Es kam so zu massiven Einschnitten bei der Altersvorsorge und beim Arbeitslosengeld. Letzteres gibt es maximal ein Jahr, danach verlieren die Menschen auch noch ihre Krankenversicherung. Der Gesundheitsetats wurde von 24 Mrd. auf 16 Mrd. Euro geschrumpft. Die Regierung setzte gegen den Willen von Unternehmensverbänden und der Gewerkschaft den Kollektivvertrag außer Kraft, mit dem die Mindestlöhne festgelegt waren. Sie verordnete eine Kürzung um 22 Prozent, für unter 25-Jährige gar um 31 Prozent. Man schwächte die Gewerkschaften aber auch mittels Verlagerung der Lohnverhandlungen bis auf betriebliche Ebene oder der Zulassung alternativer Repräsentationsorgane.

Die üblen Folgen des falschen Rezepts

Wegen dieser Einschnitte schrumpfte die griechische Wirtschaftsleistung seit 2008 um etwa ein Viertel. In Folge verminderten sich auch Steuereinnahmen und erhöhten sich öffentliche Ausgaben. Trotz bzw. wegen (!) der rigorosen Ausgabenkürzungen stieg die Staatsschuldenquote (der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt) weiter an.

Vor allem spiegelt sich das wirtschaftliche Desaster in der Arbeitslosenquote wider, die sich verdreifachte. Sie betrug 2013 fast 28 Prozent und bei Jugendlichen fast 60 Prozent. 2014 stehen mehr als ein Drittel der Menschen vor dem sozialen Absturz. Zahlreiche Haushalte



Krisenbekämpfung mit falschem Rezept

sind ohne Heizung und Strom, die Obdachlosigkeit ist erschreckend. Bis zu 40 Prozent der Menschen haben keine Krankenversicherung. Die Säuglingssterblichkeit stieg um 43 Prozent, auch die Selbstmordrate nahm drastisch zu.

Jüngst wurde vom EU-Parlament ein Bericht zu den Aktivitäten der Troika erstellt, in dem neben den Demokratiedefiziten auch ihre falsche Einschätzung der Wirkung der Kürzungen angeprangert wird. Ihr wird vorgeworfen, dass sie mit ihren Empfehlungen den wirtschaftlichen Einbruch und damit die negativen sozialen Folgen verschärft hat. Weiters wurde jüngst in einer Studie nachgewiesen, dass die Krisenpolitik gegen Grund- und Menschenrechte verstößt.

Wer denkt, von den sozialen Rückschritten in den „Krisenstaaten“ sind wir hierzulande nicht betroffen, irrt gewaltig. Denn Einschnitte in soziale Rechte in einem Land erhöhen den Druck in anderen Staaten. Nationale Vorurteile und Rassismus sind unmenschlich und schädlich für alle: Das gegenseitige Ausspielen schwächt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insgesamt.

Solidarität – das beste Rezept gegen die Krise!

Die Solidarität in Europa muss gestärkt werden. Das bedeutet, dass sich die Menschen gegenseitig unterstützen. Darüber hinaus gilt es, gemeinsam für ein soziales Europa mit fairer Verteilung der Einkommen und Vermögen und soliden sozialen Sicherungssystemen einzutreten. Dazu braucht es folgende Zutaten:

- Wirtschaftspolitische Kooperation zwischen den Staaten statt zerstörerische Konkurrenz.
- Eindämmung explodierender öffentlicher Schulden mittels fairer Steuerpolitik, zum Beispiel durch konsequente Bekämpfung von Steuerflucht, eine Finanztransaktionssteuer und eine angemessene Besteuerung von Großvermögen.



Judith Vorbach beim Besuch von BIO.ME in Thessaloniki

In Griechenland schrumpfte die Wirtschaftsleistung auch im Jahr 2015 um 0,2 Prozent, und für heuer (2016) wird ein Rückgang um 0,3 Prozent erwartet. Noch immer ist die Arbeitslosenquote mit um die 25 Prozent erschreckend hoch. Nach

Der Beitrag hat leider kaum an Aktualität eingebüßt. Dass seither die Fortsetzung der harten „Troika-Politik“ weiter erzwungen wurde, hat nicht nur die Krise in Griechenland verfestigt, sondern hat auch Anteil am problematischen Zustand der EU insgesamt.

sechs Jahren Krise leiden Millionen Menschen unter bitterer Armut, vor allem Kinder. Weite Teile der Bevölkerung können sich eine Wohnung kaum leisten. Selbst beim Internationalen Währungsfonds kommen immer mehr Zweifel an der brutalen Kürzungspolitik auf. Drei IWF-Ökonomen führten jüngst aus, dass Kürzungsprogramme die wirtschaftliche und soziale Lage immens verschlechtern und zum dramatischen Ansteigen von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit führen.

Der Umgang mit Griechenland schockiert aber auch viele Menschen in anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt in Großbritannien. So schrieb der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Wolfgang Streeck in der „Zeit“: „Die britische Öffentlichkeit hat mit erstauntem Gruseln verfolgt, wie die Regierung Merkel/Gabriel ihr ‚Europa‘ dazu eingesetzt hat, Griechenland abzuwirtschaf-

- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, faire Entlohnung, Stärkung der Gewerkschaften, Bildung, Sicherstellung einer soliden Sozial-, Gesundheits- und Altersvorsorge. Das bringt nicht nur sozialen Fortschritt, sondern stärkt auch die Nachfrage, fördert die wirtschaftliche Entwicklung und schafft somit erneut Arbeitsplätze.
- Sozial-ökologische Investitionen, zum Beispiel in die Energie- und Verkehrsinfrastruktur.
- Eine effektive Regulierung und Aufsicht des Banken- bzw. Finanzsektors sowie eine Stabilisierung der Finanzwelt durch eine aktive Europäische Zentralbank.
- Stärkung der Demokratie, zum Beispiel durch Aufwertung des Europäischen Parlaments, und die Bekämpfung von intransparentem Lobbyismus.

Solidarität entsteht am besten im direkten Kontakt mit den Menschen und im besseren Kennenlernen ihrer Kultur. Dazu möchte das Kochbuch im Bereich des Kulinarischen einen Beitrag leisten. Gleichzeitig kann auch von den darin vorgestellten griechischen Initiativen in puncto unmittelbar gelebter Solidarität vieles gelernt werden.



ten und zu demütigen, zur Rettung der deutschen und französischen Banken, deklariert als Rettung Griechenlands und der ‚europäischen Idee‘.“ Aber auch abgesehen von Griechenland und vom Brexit gerät die EU nicht aus ihrem „Krisenmodus“. Vielerorts wachsen die Verunsicherung und der Druck in der Arbeitswelt. Es kommt zu befürchteten oder tatsächlichen Wohlstandseinbußen. Die europäische Integration scheint heute in einem Spannungsfeld von neoliberaler Politik in Kombination mit nationalistischen und rechtspopulistischen Deutungen, die immer mehr Zulauf erfahren, zerrieben zu werden.

Und hier schließt sich wieder der Kreis zum Beitrag aus dem „Rezeptebuch“. Denn der Ausweg aus dieser Sackgasse gelingt nur mit Solidarität. Die Überschrift „Solidarität – das beste Rezept gegen die Krise“ gilt damals wie heute, ebenso wie die empfohlenen „Zutaten“ dazu.

Wir für die Klinik

von **Bernhard Stoik**, *Bildungsreferent
Gewerkschaft youunion, Vorstandsmit-
glied weltumspannend arbeiten*

„Humanität besteht darin, dass niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird.“ Dieses einfache und treffende Zitat von Albert Schweitzer begründet unser Engagement mit der „Klinik der Solidarität“. Das Organisieren von Menschen, um für ihre Rechte einzutreten, ist seit jeher eine Aufgabe von Gewerkschaften. Jene zu unterstützen bzw. ein Sprachrohr für sie zu sein, die nicht die Kraft bzw. die Möglichkeit haben, für sich selbst zu kämpfen. Würde man mir spontan die Frage stellen, welche drei Worte ich mit „Gewerkschaft“ verbinde, wären es voraussichtlich: Solidarität, Hilfe und Frieden.

Ein außergewöhnliches Projekt – mit außergewöhnlichen Menschen

Die Auswirkungen der europäischen Austeritätspolitik waren auch abseits Griechenlands immer deutlicher zu sehen. Falsche Ratschläge und Tatenlosigkeit trieben die griechische Regierung unter starkem Druck der Troika zu sehr zweifelhaften Entscheidungen.

Mitten in der Phase der Resignation erfuhren wir von dem politischen Projekt „Klinik der Solidarität“. Die Unterstützung dieses Projekts war somit nicht nur eine moralische und

gewerkschaftspolitische Notwendigkeit, sondern auch wir haben massiv aus den Erfahrungen unserer griechischen KollegInnen profitiert. Innerorganisatorisch hat dieser Prozess sicherlich auch dazu beigetragen, ein größeres Bewusstsein bei PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen, für die Notwendigkeit internationaler Gewerkschaftsarbeit und Solidarität, zu schaffen.

Seit Beginn des Projekts im Jänner 2013 sammelten somit unzählige Menschen für die „Klinik der Solidarität“. Die Spendenaktionen verliefen auf unterschiedliche Art und Weise und der Kreativität waren dabei keine Grenzen gesetzt: Es wurde bei Gewerkschaftskongressen, Gewerkschaftstagungen, Seminaren, Sitzungen, Kochbuchverkäufen, Verlosungen, privaten Verkäufen, Punschständen etc. Geld für die Klinik gesammelt. Dieser Spendenerfolg, ausgelöst durch die tiefe Betroffenheit der Menschen über die Situation in Griechenland, überstieg unsere Vorstellungen bei Weitem. Insgesamt wurden rund **110.000 Euro** an die „Klinik der Solidarität“ überwiesen.

Es folgt nun ein kleiner Auszug von Spendenaktionen, der natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben kann. Viele Spenden wurden nach Aktionen aber auch von Privatpersonen auf das Spendenkonto überwiesen, die zu 100 Prozent an die „Klinik der Solidarität“ nach Thessaloniki weitergeleitet wurden.

An dieser Stelle möchten wir uns nochmals herzlich bei allen UnterstützerInnen bedanken, die ihre Zeit, ihr Engagement, ihr Geld, ihre Bereitschaft zur Hilfe zur Verfügung stellten und für die „Klinik der Solidarität“ aktiv wurden!

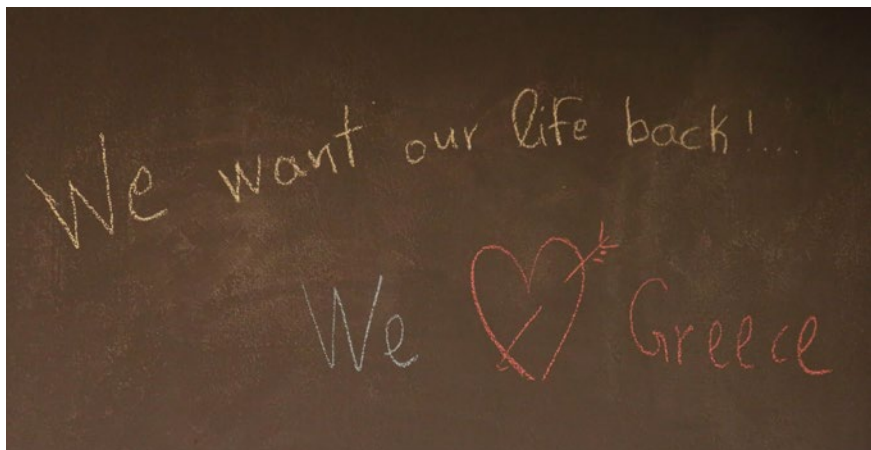
Rezepte gegen die Krise – eine Hommage an die Lebensfreude und die Solidarität

von **Carmen Janko**, *Kommunikation
und Service ÖGB Oberösterreich*

Thessaloniki, November 2014

Syriza ist noch in Opposition, die Troika hat das Land im Würgegriff, die Gesundheitsversorgung ist praktisch zusammengebrochen. Ein Drittel der Menschen hat keine Arbeit und keine Krankenversicherung. GriechInnen und ÖsterreicherInnen sitzen zusammen, tanzen, schlemmen Spezialitäten aus den beiden Ländern und genießen einen unbeschwerten Abend. Einen Abend, der den Abschluss einer Woche bildet, in der wir ÖsterreicherInnen uns angeschaut haben, wie die GriechInnen mit Solidaritätsinitiativen ihr Leben organisieren und sich um Grundbedürfnisse wie Nahrung, Krankenversorgung und Kleidung kümmern. Eine dieser Initiativen ist die „Klinik der Solidarität“.

Wir feiern die Freundschaft und das Leben, wir staunen über die griechische Gastfreundschaft und Lebenslust in diesen schwierigen Zeiten. Und wir bekommen die Bilder aus der Klinik einfach nicht aus dem Kopf. Wir wollen weitermachen, helfen, Geld aufstellen. Was liegt also näher, als Helfen und den Genuss miteinander zu verbinden? Die Idee, gemeinsam ein Kochbuch herauszugeben und die Einnahmen der Klinik zu spenden, ist geboren.



Als Hommage an die griechische Lebensfreude präsentieren wir Kochrezepte unserer griechischen FreundInnen, die sich hervorragend für Feste eignen. Mit unserem Büchlein „Rezepte gegen die Krise“, das auch politische Rezepte gegen die Krise enthält, haben wir einen kleinen Beitrag zur Arbeit der „Klinik der Solidarität“ leisten können. Das wäre ohne die finanzielle Unterstützung zahlreicher Gewerkschaften und der AK nicht möglich gewesen. Der größte Dank gilt aber den Tausenden Menschen, die mit dem Kauf des Kochbuchs ihre Solidarität gezeigt und für die „Klinik der Solidarität“ gespendet haben. Kochbuch „Rezepte gegen die Krise“ zu bestellen auf:

www.weltumspannend-arbeiten.at



Die Herausgeberinnen Judith Vorbach, Bettina Stadlbauer und Carmen Janko mit Ehrengast MEP Josef Weidenholzer bei der Buchpräsentation im Restaurant „Orpheus“ in Linz



Beim Abschlussabend in Thessaloniki entstand die Idee eines Kochbuchs

Auszüge von UnterstützerInnen der „Klinik der Solidarität“

ÖGB-Kongress solidarisiert sich mit den Menschen in Griechenland

Am ÖGB-Kongress im Juni 2013 wurde auch die Situation in Griechenland thematisiert. Yannis Panagopoulos, Präsident des griechischen Gewerkschaftsverbandes GSEE, berichtete über die Auswirkung der Krisenpolitik und bedankte sich für die Unterstützung seitens der österreichischen Gewerkschaften.



ÖGB-Präsident Erich Foglar ruft beim ÖGB-Bundeskongress 2013 zur Spende für die „Klinik der Solidarität“ auf.

Im Anschluss wies ÖGB-Präsident Erich Foglar auf die von weltumspannend-arbeiten initiierte Kampagne „Klinik der Solidarität“ hin und bat die Delegierten des Kongresses um Unterstützung. Ins-

gesamt wurden an beiden Kongress- tagen 3.047,25 Euro gesammelt. Bereits im Vorfeld des Kongresses spendete der ÖGB 5.000 Euro für die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki.

Gewerkschaft PRO-GE unterstützt „Klinik der Solidarität“

Im Rahmen des zweiten Besuches von Katerina Notopoulou in Österreich im Oktober 2013 spendete die Gewerkschaft PRO-GE 3.000 Euro an die „Klinik der Solidarität“. Die Übergabe erfolgte durch ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl und den PRO-GE-Bundessekretär sowie „weltumspannend arbeiten“-Vorsitzenden Peter Schissler.



Spendenübergabe PRO-GE

Unterstützung durch die FSG Wien

Die gesamte FSG Wien hat die „Klinik der Solidarität“ in den vergangenen Jahren immer wieder durch verschiedene Spendenaktionen unterstützt. Insgesamt sind durch den Verkauf des Kochbuches „Rezepte gegen die Krise“ und andere Spendenaktionen rund 6.500 Euro zusammengekommen. Beim Neujahrsempfang 2015 der FSG Wien im Kassensaal der BAWAG P.S.K. wurden die Kochbücher aufgelegt, was auch zu anregenden Debatten führte.

Die FSG Wien Abendschule hat ebenfalls ihren Teil dazu beigesteuert und bei einer Benefizveranstaltung über 3.000 Euro gesammelt. Die gesamte Summe wurde weltumspannend arbeiten übergeben, um die „Klinik der Solidarität“ damit zu unterstützen.



Spendenübergabe der FSG Wien Abendschule an die „Klinik der Solidarität“



Bernhard Stoik nimmt Spenden für die Klinik entgegen.



Spendenübergabe vom Vorsitzenden der Hauptgruppe 1 Norbert Pelzer an yunion-Bildungssekretär Bernhard Stoik

Unterstützung durch die Gewerkschaft yunion

Für die yunion, eine jener Gewerkschaften in Österreich, die Berufsgruppen im Gesundheitsbereich vertritt, war unmittelbare Betroffenheit rasch gegeben. Durch persönliche Berichte, Kontakte, Eindrücke und Erfahrungsberichte aus Athen und Thessaloniki konnte man sich von der außergewöhnlichen Situation selbst überzeugen. Rasch war klar: Die GewerkschafterInnen wollen helfen und unterstützen.

In unzähligen Informationsveranstaltungen, Seminaren, Konferenzen und bei Spendenveranstaltungen ist es nicht nur gelungen, wichtige finanzielle Unterstützung für die „Klinik der Solidarität“ zu bekommen, sondern es konnte vor allem auf die verheerende Situation der griechischen Bevölkerung aufmerksam gemacht werden und abseits des landläufig medialen Meinungsbilds Bewusstsein geschaffen werden. Es ist gelungen, konkret zu zeigen, welche Auswirkungen die europäische Austeritätspolitik auf Griechenland hat und warum die Rolle der Troika so umstritten und brandgefährlich ist.

2013 erfolgte eine symbolische Übergabe vom Vorsitzenden Christian Meidlinger über 2.000 Euro an die „Klinik der Solidarität“. Spendenaufrufe gab es unter anderem auch bei der Konferenz der FSG yunion, beim Lehrgang „Gewerkschaftliche Projektbegleiter“, bei einer Sitzung der PersonalvertreterInnen des Magistrats der Stadt Wien usw.



Spendenübergabe vida

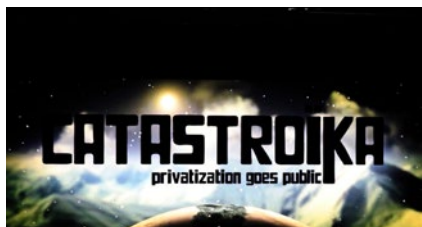
vida-Gewerkschaftstag unterstützt die „Klinik der Solidarität“

Tolles Spendenergebnis für die „Klinik der Solidarität“ beim vida-Gewerkschaftstag! Über 2.000 Euro spendeten die Delegierten. Die Spendenübergabe erfolgte durch Engelbert Eckart und Gerhard Lanzerstorfer (vida) an die KollegInnen von weltumspannend arbeiten, Eva Prenninger-Pusch und Sepp Wall-Strasser.

Spendensammlung: „Catastroika“ (Burg Kino, Wien)

Am 18. April 2013 fand auf Einladung von attac Österreich, der Initiative Solidarity4all Wien, transform! und weltumspannend arbeiten im Wiener Burg Kino die Vorführung des Dokumentarfilms „Catastroika“ statt. Der Film diskutiert die Auswirkungen der Privatisierungen, die Griechenland von der Troika auferlegt wurden. Die beiden Filmschaffenden Aris Hatzistefanou und Katerina Kitidi reisen um die Welt, um Daten über Privatisierungen in verschiedenen Ländern zu erfassen, und gehen der Frage nach, welche Folgen das massive Privatisierungsprogramm in Griechenland haben wird.

Nach der gut besuchten Filmvorführung, die auch durch die kostenlose Bereitstellung des Kinosales durch das Burg Kino ermöglicht wurde, diskutierten rund 80 Personen gemeinsam mit VertreterInnen von attac Österreich und Solidarity4all über Formen und Möglichkeiten praktischer Solidarität mit den Menschen in Griechenland. Im Zuge der Filmvorführung und der anschließenden Diskussion wurde auch das gewerkschaftliche Solidaritätsprojekt „Klinik der Solidarität“ von weltumspannend arbeiten vorgestellt und zu Spenden für das Projekt aufgerufen. Insgesamt konnten 360 Euro gesammelt werden.



Spendensammlung: ÖGJ-Kongress

Am 27. April 2013 fand in Wien der 33. Kongress der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) statt. Im Zuge der Antragsdiskussion wurden im Rahmen eines Antrages, der zu den verheerenden Auswirkungen der Krisenpolitik in Griechenland Stellung nahm, auf Initiative der PRO-GE-Jugend auch die „Klinik der Solidarität“ und das gewerkschaftliche Solidaritätsprojekt von weltumspannend arbeiten in Österreich vorgestellt. Im Anschluss konnten unter den Delegierten des Kongresses 600 Euro für die „Klinik der Solidarität“ gesammelt werden.



Spendenübergabe ÖGB-Frauen Salzburg

Unterstützung durch die ÖGB-Frauen Salzburg

Unterstützung für das gewerkschaftliche Solidaritätsprojekt „Klinik der Solidarität“ gibt es auch seitens der ÖGB-Frauen Salzburg.



Spendenübergabe Europäischer Betriebsrat GPA-djp

Unterstützung von Europäischen BetriebsrätInnen der GPA-djp

Im Rahmen eines Seminars Europäischer BetriebsrätInnen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) wurde sowohl die Arbeit von weltumspannend arbeiten im Allgemeinen als auch das gewerkschaftliche Solidaritätsprojekt „Klinik der Solidarität“ vorgestellt. Im Anschluss konnten 350 Euro für die Klinik in Thessaloniki gesammelt werden.

Weitere Spendensammlungen



Sascha Lindenmayr organisierte im Dezember 2013 einen Punschstand, bei dem die Spenden der Klinik in Thessaloniki zugutekamen.



Manuela Kurz, Frauensekretärin ÖGB OÖ, musterte ihre Handtaschen aus und spendete den Verkaufserlös an die „Klinik der Solidarität“.



Die Einnahmen des ÖGB OÖ aus der Tombola im Fasching 2014 wurden an die „Klinik der Solidarität“ überwiesen.



Eine der Kinderzeichnungen im Eingangsbereich der Klinik



Markus Simböck und Jürgen Michlmayr



Willy Mernyi, Leiter für Organisation, Koordination und Service im ÖGB, und Othmar Danning, Landesvorsitzender Gewerkschaft Bau-Holz, bei der Spendenübergabe an Sepp Wall-Strasser für die „Klinik der Solidarität“

Der Solidaritätstransport – Auszug aus dem Praktikumsbericht

von Jürgen Michlmayr, Betriebsrat voestalpine Stahl GmbH, Absolvent der Sozialakademie der Arbeiterkammer

Markus Simböck, diplomierter Krankenpfleger, und ich, Jürgen Michlmayr, gelernter Produktionstechniker, sind Absolventen des 63. Lehrganges der Sozialakademie der Arbeiterkammer Wien. Ein wesentlicher Teil dieser Ausbildung ist ein einmonatiges Auslandspraktikum. Wir haben uns das Ziel gesetzt, dieses – neben dem Sammeln von persönlichen Erfahrungen – einem sozialen Zweck zu widmen.

Hilfe dort, wo sie benötigt wird – im Gesundheitswesen!

Als uns Katerina Notopoulou im September 2013 die dramatische, durch brutales Kaputtsparen herbeigeführte Situation in Griechenland schilderte, wo es teilweise an der grundlegenden gesundheitlichen Versorgung für die dort lebenden Menschen fehlte, war für uns klar – unsere Solidarität ist gefragt. Wir müssen helfen!

Anhand einer mit der „Klinik der Solidarität“ koordinierten Materialliste traten wir mit Firmen, die diese Produkte in Österreich produzieren, und deren BetriebsrätInnen in Kontakt. Ziel war es, so viele Materialien wie möglich kostenlos aufzutreiben und diese von uns im Zuge unseres Praktikums mit einem Lieferwagen den KollegInnen in Thessaloniki direkt zu überbringen.

Übersicht verschafft und Kontakte geknüpft

Da die von der Klinik benötigten Materialien sehr vielfältig waren, angefangen von Babynahrung über ein Ultraschallgerät bis hin zu diversen Zahnmaterialien, mussten wir unser Sponsoring-Vorhaben so breit wie möglich aufstellen. Es stellte sich heraus, dass die benötigten Materialien größtenteils von Betrieben waren, die in den Gewerkschaften PRO-GE und vida organisiert sind. Vor allem mit der Hilfe dieser beiden Gewerkschaften war es uns möglich, zu den BetriebsrätInnen der einzelnen Firmen Kontakt aufzunehmen, um in weiterer Folge etwaige Materialien aufzutreiben.

Die Hilfsgütersammlung nimmt Fahrt auf

Die Gespräche und der Öffentlichkeitsauftritt unserer Hilfsgütersammlung zeigten Wirkung. Da wurde gespendet was nur ging. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen, FunktionärInnen, Privatpersonen usw. wurden aktiv und folgten dem Spendenaufruf. Dadurch konnten zwei Ultraschallgeräte, ein Scaler, Lichthärtegeräte, Zahnbürsten, Zahnwerkzeug, Zahnmaterialien, Nadeln, Spritzen, Skalpelle, Kanülen, Infusionssets, Reinigungsmittel, Untersuchungshandschuhe, Orthopädiematerialien, Hygieneartikel, Babynahrung und Babyartikel, eine Buttonmaschine etc. gesammelt werden. Der Spendenaufruf fand auch über die österreichischen Grenzen hinaus Anklang. Ein sozial engagierter Zahnarzt aus Mainz spendete viele zahnmedizinische und orthopädische Materialien.

Mit dem Transporter nach Thessaloniki

Unsere SOZAK-Kollegin Nina Abraham organisierte uns einen Transporter für die Lieferung und viele kräftige Hände halfen bei der Beladung mit. Unsere Fahrt von Wien nach Thessaloniki war sehr ereignisreich, bei der Carabinieri-Kontrollen und eine Mittelmeerquerung auf der Tagesordnung standen.



Mit vollbepacktem Lkw am Zielort angekommen



Nach getaner Arbeit voller Freude in der „Klinik der Solidarität“

Die Ankunft

Am 13. Mai 2014 kamen wir gut in Thessaloniki an. Den ganzen Tag waren wir mit der Anlieferung und dem Einschichten der Materialien beschäftigt. Gerade noch vor der Ordinationszeit schafften wir es – die Klinik glänzte mit ihrer Ausstattung in einem neuen Licht!

Bewegende Momente

Die Wochen und Monate während der Hilfsgütersammlung und auch der Transport selbst waren für uns unfassbar emotional, bewegend und aufregend! Es war ein Wahnsinn, wie viel positives Feedback und herzliche Unterstützung wir für die Hilfsgütersammlung erfahren durften! Unsere Erwartungen für die Sammlung wurden bei Weitem übertroffen!



Ein Schrank voller Babynahrung



Klinik der Solidarität
Thessaloniki, Griechenland

Die Gesundheitsambulanz versteht sich als politisches Projekt und setzt sich neben der konkreten Arbeit in der Ambulanz auch aktiv gegen Gesundheits- und Sozialabbau, Rechtsextremismus und Rassismus ein.

Unterstützen Sie dieses Projekt mit dem Kauf des Handtuchs "SOLIDARITÄT".

Danke und Glück auf!

Spendenaktion der GPA-djp-Jugend

Auch die GPA-djp-Jugend überlegte sich ein Projekt, wie sie Spenden für die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki sammeln können. Ein Handtuch wurde mit dem Wort „Solidarität“ bestickt und die Einnahmen kamen der Klinik in Thessaloniki zugute.

Solidaritätsreisen nach Thessaloniki



Kastro, die Burg von Thessaloniki

weltumspannend arbeiten versucht in der Bewusstseinsbildung neue Zugänge zu erschließen und solidaritätshemmende Faktoren zu bearbeiten. Eine der wichtigsten Methoden hierfür sind Direktbegegnungen, einerseits durch die Einladung von Gästen aus anderen Ländern und andererseits durch das bewusste Reisen, um mit Menschen aus anderen Ländern in Kontakt zu treten.

Aus diesem Grund organisierte weltumspannend arbeiten zwei Solidaritätsreisen nach Griechenland, um sich von der Situation vor Ort selbst ein Bild zu machen und in Folge aktiv zu werden, um unseren KollegInnen in Griechenland zu helfen. Hilfe ist hier nicht nur im finanziellen Sinne gemeint, sondern vor allem auch politisch.

Die Vorbereitung

Reisen mit weltumspannend arbeiten gehen immer intensive Vorbereitungen voraus. Die Auseinandersetzung mit der aktuellen politischen und sozialen Situation, wie es dazu kam, was uns erwarten wird etc. ist nicht nur empfehlenswert sondern unbedingt notwendig. Für jeden Termin wurden Fragen ausgearbeitet, um nicht unvorbereitet in die Gespräche zu gehen. Während der Reise übernahmen die TeilnehmerInnen zusätzliche Aufgaben, wie zum Beispiel ein Protokoll zu führen oder zu fotografieren. Während der Reisen fanden auch Reflexionsrunden statt, in denen über den bisherigen und den weiteren Verlauf der Reise, persönliche Befindlichkeiten, offene Fragen, politische Einschätzungen etc. gesprochen wurde.



Die Reisegruppe vom April 2014 vor der „Klinik der Solidarität“

Die Nachbereitung

Nach jeder Reise war die Presse- und Dokumentationsarbeit durch die TeilnehmerInnen sowie durch weltumspannend arbeiten von Bedeutung. Die gewonnenen Eindrücke wurden nach jeder Reise bei zahlreichen Präsentationen vor BetriebsrätInnen, Gewerkschaftsgremien und in Gewerkschaftsschulen vorgetragen.

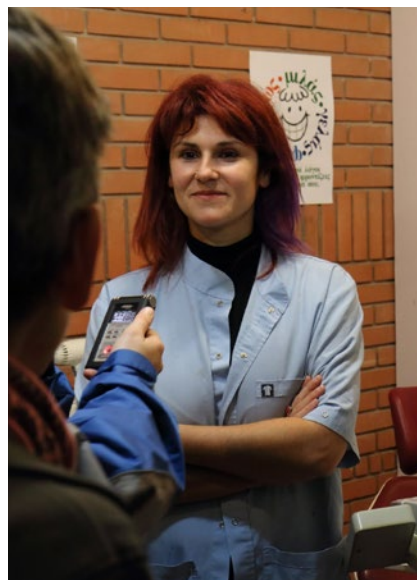
Neben den vielen Vorträgen, persönlichen Gesprächen und Spendenaktionen etc. entstanden ein **Journal Panorama** der mitgereisten ORF-Journalistin Cornelia Krebs (gesendet am 2.12.2013) und ein **Kochbuch „Rezepte gegen die Krise“** der drei TeilnehmerInnen Carmen Janko, Bettina Stadlbauer und Judith Vorbach³ (siehe Kapitel „Wir für die Klinik“ in diesem Bericht). Sämtliche Einnahmen des Kochbuchs wurden an die „Klinik der Solidarität“ überwiesen. Der Teilnehmer Jannis Menn verfasste seine **Masterarbeit mit dem Titel „Alltagsverstand und gegenhegemoniale Perspektiven – Eine Untersuchung der ‚Klinik der Solidarität‘ in Thessaloniki“**. Das sind nur einige erfolgreiche Ergebnisse der Solidaritätsreisen.

Die ReisetilnehmerInnen sind somit die besten MultiplikatorInnen! Neben den von weltumspannend arbeiten organisierten Solidaritätsreisen entstanden noch weitere Reisen von Organisationen oder Einzelpersonen, um sich die Situation vor Ort anzusehen und entsprechende Bildungsarbeit zu Hause bzw. bei den Mitreisenden zu leisten.

³ Janko, C./Stadlbauer, B./Vorbach, J. (2014). *Rezepte gegen die Krise. Hommage an die griechische Gastfreundschaft.*



Heidi Hirschbichler, Landessekretärin ÖGB Salzburg, mit ÄrztInnen der Klinik



Im Gespräch mit Zahnärztin Elpida Michailidou

Thessaloniki tat uns allen gut

Bericht von der Solidaritätsreise nach Thessaloniki 13.–17. November 2013

von Gerhard Lanzerstorfer, Landessekretär Gewerkschaft vida



Gerhard Lanzerstorfer

Am 13. November 2013 machten sich eine Gruppe von GewerkschafterInnen und eine Journalistin aus Österreich auf die Reise nach Thessaloniki. Ihre Intention: sich vor Ort über die Auswirkungen der Austeritätspolitik zu informieren, Solidarität zu leben, Hilfe anzubieten. Fünf Tage später, auf der Rückreise, sprach ein Teilnehmer aus, was alle spürten: „Die Reise war hilfreich, wichtig, notwendig. Für uns selbst mindestens so sehr wie für unsere griechischen KollegInnen.“



Vom Torbogen in Thessaloniki starteten wir jeden Tag zu den Terminen.

Neben der „Klinik der Solidarität“ wurden folgende Initiativen/Organisationen besucht:

- BIO.ME
- ERT3
- Gewerkschaft GSEE
- Öffentliches Krankenhaus
- PASOK
- Syriza

Treffen mit Nachbarschaftsinitiativen:

- SOS to Nero (Initiative gegen Wasserprivatisierung)
- SOS Chalkidiki (Initiative gegen Goldabbau in Chalkidiki)
- Eterotopia (soziale Einrichtung)

Im Folgenden wird auszugsweise über Programmpunkte berichtet.



Cornelia Krebs interviewt Katerina Notopoulou von der „Klinik der Solidarität“.

Besuch BIO.ME

Diese Fabrik, am Stadtrand Thessalonikis gelegen, wurde im Jahr 2012 geschlossen und die Beschäftigten gekündigt. Bis zur Schließung wurde dort Fliesenkleber und Ähnliches hergestellt. Teile der Belegschaft, genauer gesagt 38 Arbeiter, halten die Fabrik

seit her besetzt. Entscheidungen werden von den Arbeitern im Kollektiv getroffen. Die Produktion haben sie umgestellt. Heute stellen sie in den noch vorhandenen Anlagen vollbiologische Reinigungsmittel wie Seifen, Haushaltsreiniger, Waschmittel etc. her, und das durchaus erfolgreich. Makis Anagnostou, der Belegschaftsprä-

cher, sagte 2013: „Wir dürfen offiziell gar nichts verkaufen. Unsere AbnehmerInnen sind also Leute, die uns kennen. Privathaushalte, einige Lokale. [...] Es geht aber nicht nur ums Geld, so lange wir hier tätig sind, sind wir auch etwas wert. Da geht es auch um die Würde. Und deshalb werden wir hier weitermachen, bis man uns mit Gewalt verjagt.“



BIO.ME – hinter den Toren der stillgelegten Fliesenkleberfabrik



BIO.ME – Flüssigseifenproduktion



BIO.ME – händische Abfüllung von Spülmittel



BIO.ME – Flaschenabfüllung



Giorgos Papakonstantinou und Kostas Marioglou, Gewerkschafter

Treffen mit den regionalen Spitzenfunktionären des Gewerkschaftsverbandes GSEE

Kurzresümee:

Offene, ehrliche Diskussion. Auf der persönlichen Ebene dürfte es zwischen den anwesenden griechischen Kollegen keine große Kluft geben. Inhaltlich/ideologisch liegen die Standpunkte deutlich auseinander. Insgesamt stellte sich eine eher schwierige innergewerkschaftliche Situation dar, welche für Außenstehende ziemlich unübersichtlich war.

Konsequenz: Eine enge gewerkschaftliche Zusammenarbeit würde sich auch in einem projektorientierten Kontext schwierig gestalten, da die Situation österreichischer Gewerkschaften mit jener in Griechenland schwer vergleichbar ist.

Besuch im größten öffentlichen Krankenhaus Thessalonikis

Ein Treffen mit den dortigen GewerkschafterInnen, und auch hier waren die Einschätzungen und Aussagen der einzelnen BelegschaftsvertreterInnen nicht unbedingt übereinstimmend. Wobei in diesem Fall ein weiteres Spannungsfeld deutlich wurde: einerseits das Bedürfnis, den angestauten Ärger über die frustrierende Gesamtsituation im Gesundheitsbereich abzulassen, andererseits die Verbundenheit mit der Einrichtung, in der man ja nach wie vor tätig ist und sein Bestes gibt. Letztendlich konnte man sich – ein wenig ironisch – etwa so einigen: Die Lage ist schwierig, es gibt durchaus Engpässe in der medikamentösen/medizintechnischen/therapeutischen Versorgung der PatientInnen, aber irgendwie kommt man bisher über die Runden. Und es ist noch nicht so schlimm wie in manchen anderen Häusern, denn die Versorgung der PatientInnen mit Essen und Getränken funktioniere immerhin relativ gut. Die weitere Entwicklung wurde allerdings übereinstimmend düster eingeschätzt:



Im Gespräch mit den BelegschaftsvertreterInnen im öffentlichen Krankenhaus

Aus verschiedenen Gründen fließe das wenige Budget, das im Gesundheitssektor noch vorhanden ist, überwiegend in die privatwirtschaftlich geführten Spitäler, was zur Folge hat, dass auch die allernötigsten Investitionen und Sanierungsmaßnahmen in öffentlichen Häusern seit Jahren nicht getätigt werden.

Besuch in der Parteizentrale der PASOK in Thessaloniki

Dass sich der Besuch in der PASOK-Parteizentrale nicht so harmonisch gestalten würde, war zu erwarten. Und dass sich der regionale Parteichef mehr als eine Stunde verspätete, währenddessen die Kernaussagen seines Sekretärs sich im Wesentlichen darauf beschränkten, auf die gestellten Fragen leider nicht hinreichend antworten zu können, verbesserte die Stimmung auch nicht unbedingt.

Dem Chef waren dann die angesprochenen Themen ebenfalls sichtlich unangenehm – verständlich. Was soll man als Spitzenfunktionär einer sozialdemokratischen Partei sagen,



In der Parteizentrale der PASOK

wenn man in einer Regierung sitzt, die sämtliche gewerkschaftlichen Grundrechte aushebelt und Demonstrationen blutig niederschlagen lässt?

Besuch in der Parteizentrale Syriza

Eine Stunde später in der Parteizentrale von Syriza, eine andere Welt: herzliche Begrüßung, entspannte Kampagnenstimmung, Transparente hier, Plakate da, Fahnen, Flipcharts, Slogans dort. Kreativität lag in der Luft. Wir hatten freien Zugang in alle Räume, konnten uns überall umsehen, alles war okay. Sieben, acht, neun Vertreter des Bündnisses standen als Ansprechpartner zur Verfügung. Über die grobe Linie herrschte weitgehend Übereinstimmung: „Nein, es gibt keine aktuelle Absicht, die Eurozone zu verlassen.“ [...] „Ja, offene Rechnungen sind ein Thema, über die Modalitäten muss man sich noch unterhalten.“ [...] „Dass es so, wie manche in der EU sich das vorgestellt haben, nicht gehen

kann, ist ja mittlerweile allen klar.“ [...] „Was wir jetzt brauchen, ist so etwas wie ein Marshallplan, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann.“ [...] „Erst wenn es einigermaßen läuft, können wir auch sinnvoll über Rückzahlungen sprechen.“

Kaum ein lauter Gedanke über einen grundlegend neuen Ansatz in Wirtschaft und Gesellschaft. So viel Vorsicht. So viel Zurückhaltung. Was war der Grund? Wollte man niemanden erschrecken? Lag es an der eigenen Inhomogenität? Freilich, Syriza ist ein junges Bündnis, nicht vergleichbar mit einer hierarchisch geführten Partei. Syriza ist derzeit stark



Im Gespräch mit Alexis Benos, Professor an der Aristoteles Universität in Thessaloniki und Syriza-Mitglied

im Aufwind – laut jüngster Umfrage (Anm.: im Jahr 2013) erstmals mit knapp 22 Prozent an der Spitze. Das ist Segen und Fluch in gleicher Weise. Segen, weil es beflügelt, positive Kräfte freisetzt. Fluch, weil es verführt,

notwendige interne Klärungen zu unterlassen. Im Aufwind lässt sich vieles so bequem unter dem Teppich halten. Es sind so viele tolle, kreative, engagierte, positive Menschen in dieser Bewegung zu finden. Es ist ihnen von Herzen zu wünschen, dass es gelingt, den guten Wind dauerhaft zu nützen –

ihnen, den Menschen in Griechenland und dem Rest Europas.

Der Abend bringt eine neue Erkenntnis: Der Widerstand, der wirklich praktische, im alltäglichen Leben spürbare Widerstand ist höchst kreativ, sympathisch unbekümmert und gleichzeitig zäh, mit einer

ordentlichen Portion Lebensfreude versehen und sehr oft weiblich! Man kann stundenlang über Für und Wider, über Sinn und Definition von Graswurzel-Bewegungen diskutieren, oder man kann diese Menschen pur und hautnah erleben und staunen, was alles wie selbstverständlich aus dem Nichts entstehen kann.



Journalisten verkaufen heute Marmeladen.

The Committee of Central Thessaloniki

Es ist eine Art BürgerInnenkomitee, welches aus einfacher Nachbarschaftshilfe entstanden ist. Viele von ihnen hat die radikale Sparpolitik um ihre Existenzgrundlage gebracht. Das Komitee ist gut vernetzt und aktiv bei Problemen mit dem nationalen Stromversorger, beim Kampf gegen die Wasserprivatisierung, mit den Arbeitern der besetzten Fabrik BIO.ME, mit den AktivistInnen von SOS Chalkidiki. Als ganz zentrales Projekt wird am Aufbau des „Market without intermediaries – from all of us to all of you“ gearbeitet, einem Projekt, das vor allem den Bauern und Bäuerinnen im Umland von Thessaloniki ermöglichen soll, ihre Waren ohne Zwischenhändler in der Stadt zu ver-

kaufen. Die StadtbewohnerInnen wiederum profitieren von frischer, regionaler Qualität zu günstigeren Preisen als im Supermarkt. Zu den VerkäuferInnen gehören z. B. JournalistInnen, die ihren Job verloren haben und sich nun mit der Produktion von Marmelade über Wasser halten.

Während die einzelnen Initiativen vorgestellt und erklärt wurden, war es spät geworden. Wie von Zauberhand erschienen wunderbare, selbst gemachte Köstlichkeiten auf den Tischen, die Musik wurde lauter, Bänke und Sessel wurden zur Seite geschoben, das Leben pulsierte. So geht Widerstand.



Verkauf von Kartoffeln direkt am Markt ohne Zwischenhändler



Nachbarschaftsinitiative

Eterotopia

Am darauffolgenden Tag ging es in ein altes, leer stehendes Haus im Herzen von Thessaloniki. Der dritte Stock ist von jungen Menschen, vor allem StudentInnen, adaptiert worden. Kunstvoll, mit einfachsten Mitteln. Wir erlebten hier erneut ein Ausrufezeichen an Kreativität.

Hier trifft sich also die junge, widerständige Szene. 365 Tage im Jahr geöffnet, selbstverwaltet, mit kleiner, eigenhändig gebastelter Bar





In den Räumlichkeiten von Eterotopia mit Übersetzer Jannis Papadopoulos (Bildmitte)

aus sägerauen Holzpfosten, einer kleinen Küche in spartanischer Ausführung, einer beträchtlichen Anzahl höchst unterschiedlicher Sitzgelegenheiten und Tischchen. Getränke und selbst gekochte Speisen zum Selbstkostenpreis, wer sich's leisten kann mit kleiner zusätzlicher Spende.

Vom übrig gebliebenen Geld wird einmal pro Woche, donnerstags, gratis ausgekocht. Für alle, die sich auch den Selbstkostenpreis nicht leisten könnten.



Die Initiative SOS Chalkidiki wird uns vorgestellt.

Zum Abschied sind zwei Dinge völlig klar:

Ja, wir haben sehr viel mehr gelernt, profitiert, mitgenommen von diesem Besuch.

Und ja, wir werden wiederkommen. Wir werden unsere KollegInnen und FreundInnen nicht im Stich lassen! Diese wunderbaren, engagierten, kreativen, kämpferischen, lebensfrohen Menschen in Thessaloniki.

Eindrücke der Solidaritätsreise und gelebter Aktivismus in Österreich

von Thomas Strasser-Neuhofer,
Faciliator und Organisationsentwickler

Um herauszufinden, was wirklich los ist in Griechenland, reiste ich mit weltumspannend arbeiten nach Thessaloniki. Vor Ort wollte ich mir ein Bild der Lage machen, um aus eigener Erfahrung darüber berichten zu können und nicht (nur) auf internationale – oft verzerrte



Aglaia Kyritsi, Journalistin bei ERT3, im Gespräch

– Medienberichterstattung angewiesen zu sein. Die Tage in Thessaloniki, die Treffen mit Gewerkschaftern, Parteien und Initiativen und die Menschen dahinter hinterließen bei mir bis heute einen bleibenden Eindruck. Wichtig für mich waren dabei vor allem auch die vielen Gespräche und Reflexionen, die wir innerhalb der Reisegruppe hatten – sei es bei Treffen mit Initiativen oder beim gemütlichen Beisammensitzen am Abend und gemeinsamen Feiern mit unseren griechischen GastgeberInnen.

Eindrucksvoll waren dabei für mich der Besuch in der stillgelegten Fabrik BIO. ME, das Kennenlernen der JournalistInnen beim besetzten Rundfunksender ERT3 oder die Abendveranstaltung in der Nachbarschaftskooperative.

Hier nun ein kleiner Auszug:

Abgesehen davon, dass wir beim Besuch des besetzten Nachrichtensenders ERT3 auch kurz Alexis Tsipras tra-

fen, war es beängstigend, die Berichte der JournalistInnen zu hören. So brach einer der Sportjournalisten vor uns in Tränen aus, als er von den harten Bedingungen erzählte, unter denen die früheren Angestellten des ERT3 nun als „Piratensender“ im Internet Nachrichten verbreiten. Zu diesem Zeitpunkt waren er und seine KollegInnen schon über Monate hinweg nicht mehr bezahlt worden und der Druck auf die MitarbeiterInnen war enorm. In der heutigen Zeit einen Rundfunksender über Nacht zu schließen und gegen ein Propagandafernsehen der Regierung zu ersetzen hat mich sehr betroffen gemacht. In einer Demokratie geben solche Entscheidungen ganz klar eine Marschrichtung vor, die ich zuvor nicht für möglich gehalten hätte.

Besorgt war ich nach dieser Reiseerfahrung besonders auch über die Bedingungen der AktivistInnen und freiwilligen HelferInnen aus den besuchten Initiativen. Ihnen waren die Anstren-



Die Reisegruppe vor dem besetzten Nachrichtensender



Alexis Tsipras in Thessaloniki

gungen, der Druck, immer mehr Hilfesuchenden helfen zu sollen, und die teilweise Aussichtslosigkeit ins Gesicht geschrieben. Wie lange werden sie diesem Druck noch standhalten können? Wie lange können sie diese immense Arbeitsleistung noch aufrechterhalten? Wie lange können Menschen ohne Einkommen auskommen, bevor sie gezwungen werden, etwas anderes zu tun? Was passiert im Land, wenn diese Leute einfach nicht mehr können?

Besonders schön war es zu sehen, mit welcher Gastfreundschaft und Freude wir bei unserem Besuch in Thessaloniki aufgenommen wurden. Die Menschen freuten sich und bekundeten ganz of-

fen, wie wichtig für sie ist, dass sich Leute solidarisch zeigen und sie an der Situation in Griechenland und in Europa Anteil nehmen.

Der starke Vernetzungsgrad der Organisationen und Initiativen hat mich begeistert. Es war unglaublich zu sehen, wie sehr sich die Initiativen untereinander unterstützen und gemeinsam zur Sache gingen – sich gemeinsam zu organisieren, gegenseitig Mut zuzusprechen und für eine gemeinsame Sache einzusetzen. Mir war wichtig, dass wir von den Erfahrungen der AktivistInnen im Umgang mit der Krise auch in Österreich lernen können. Katerina kam daher auf Einladung von attac, Glo-

bal 2000 und Greenpeace nach Österreich, um bei der Aktionsakademie 2014 in Steyr einen Überblick zu den Aktivitäten der Initiativen aus Thessaloniki zu geben. Unterstützt von Sepp Wall-Strasser gab es nach dem Vortrag Standing Ovationen im voll besetzten Saal des Museums Arbeitswelt. Noch heute werde ich auf diesen Vortrag von Menschen angesprochen. Besonders aber auch StudienkollegInnen waren sehr interessiert, mehr zu erfahren, und so hatte ich die Möglichkeit, in etlichen Seminaren und Referaten an die Erfahrungen aus Thessaloniki anzuschließen und diese Erfahrung auch in meiner Abschlussarbeit einzubringen.



Aktionsakademie in Steyr – Katerina Notopoulou spricht über die Situation in Griechenland



Thomas Strasser-Neuhofer



Thomas Strasser-Neuhofer, Sepp Wall-Strasser, Christian Rathner (Autor des Buches „Durch die Krise kommt keiner allein“) und Katerina Notopoulou beim attac-Seminar in Steyr anlässlich der Aktionsakademie

Meinungsfreiheit nicht kaputtsparen

von Litsa Kalaitzis, Veröffentlicht am 12.06.2013 auf <http://www.gpa-djp.at>

Volle Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von ERT in Griechenland

„Die Vorgangsweise, einen öffentlich-rechtlichen Rundfunksender staatsstreichartig zuzusperren, wie das in der Nacht auf heute in Griechenland mit ERT- Radio und Fernsehen passiert ist, kann nur als Anschlag auf die Demokratie und die Meinungsfreiheit bezeichnet und keinesfalls widerstandslos hingenommen werden“, sagen GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian, Franz C. Bauer, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp, und Gerhard Moser, Zentralbetriebsratsvorsitzender des ORF. „Presse- und Rundfunkfreiheit sind essenzielle Werte, umso trauriger ist es, dass sie gerade in Griechenland, jenem Land, das gerne als Wiege der Demokratie bezeichnet wird, per Gewaltakt kaputtgespart werden sollen.“

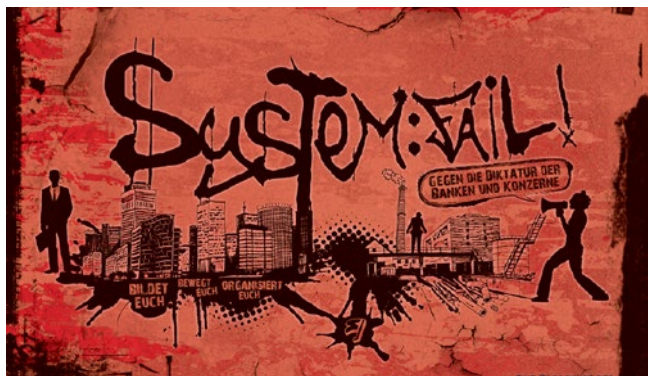
In dieser Frage gehe es nicht nur um rund 2700 Kolleginnen und Kollegen, die buchstäblich über Nacht ihren Arbeitsplatz und damit ihre Lebensgrundlage verlieren sollen, sondern um eine demokratiepolitisch bedenkliche Vorgangsweise, die ihresgleichen sucht und gegen die in Europa zu Recht heftig protestiert wird. Kein von EU, EZB, IWF verordneter und von der griechischen Regierung mitgetragener Sparkurs könne eine Entscheidung dieses Ausmaßes rechtfertigen. Die Journalistengewerkschaft und die GPA-djp schließen sich der Protestnote von Mogens Blicher-Bjerregård, dem Präsidenten der Europäischen Journalistenföderation (EFJ), an, in der es unter anderem heißt: „Diese Pläne sind absurd. ... Die EFJ erinnert an die Empfehlung der hochrangigen Gruppe zur Freiheit und Vielfalt der Medien, die darauf hinweist, dass für die Meinungsvielfalt essenzielle Medien aus dem Staatshaushalt finanziert werden sollen.“

„Volle Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen. Sie müssen ihren Kampf gegen die Pläne der griechischen Regierung, die Meinungsfreiheit kaputtzusparen, nicht alleine führen! Ein wichtiges öffentlich-rechtliches Medium kurzfristigen wirtschaftlichen Überlegungen zu opfern, ist ein verhängnisvoller Fehler. Die vermeintliche Ersparnis für den griechischen Staat steht in keinem Verhältnis zum kulturellen Schaden, den die Schließung oder auch nur die Ausdünnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Griechenland verursachen wird“, so Katzian, Bauer und Moser abschließend.

Bericht Sozialistische Jugend

Der Landesvorstand der Sozialistischen Jugend Oberösterreich entwickelte bei seiner Klausur im März 2014 die Idee, eine Solidaritätsreise nach Griechenland zu planen. Die Idee wurde im Juli 2014 in die Tat umgesetzt und 13 AktivistInnen der SJ OÖ konnten sich fünf Tage lang in Thessaloniki ein Bild über die negativen Folgen der Krise machen.

Diese Reise stellte für die SJ OÖ den Startschuss für eine Kampagne dar, mit der einerseits auf die Auswüchse der Krise sowohl in Griechenland als auch in Österreich aufmerksam gemacht wurde und die andererseits die Systemimmanenz von Krisen im Kapitalismus aufzeigte und junge Menschen für die Idee des Sozialismus begeistern sollte.



Die in dieser Kampagne entwickelte Broschüre „System Fail“ liegt bei der Sozialistischen Jugend Oberösterreich auf und kann kostenlos bestellt werden.

Begleitet wurde die Reise von Kathrin Niedmoser und Katerina Notopoulou, übersetzt hat Jannis Papadopoulos. Die Programmpunkte der Reise waren an die Reisen von weltumspannend arbeiten angelehnt.

Hier ein kleiner Einblick in den Reisebericht:

Sehr bedrückend waren für uns in Thessaloniki auch die offensichtliche Armut und der Hunger der Menschen – allein in einer Solidaritätsküche für MigrantInnen werden pro Wochenende bis zu 300 Portionen ausgegeben. Zu Beginn der Krise waren es um die 60. Viele Menschen können sich nur durch solche Solidaritätseinrichtungen über Wasser halten. „Illegale“ MigrantInnen und AsylwerberInnen werden vom griechischen Staat massiv kriminalisiert, an der griechischen Küste sterben regelmäßige Hunderte Flüchtlinge und „illegale“ MigrantInnen werden in sogenannten „special detention centers“, Internierungslagern, festgehalten. AsylwerberInnen ohne gültige Papiere werden für unbestimmte Zeit dort

festgehalten, unter unmenschlichen und grausamen Bedingungen, in Räumlichkeiten die zum Teil nie für die Beherbergung von Menschen errichtet wurden. UNHCR beschreibt die Situation für AsylwerberInnen und Flüchtlinge in Griechenland als humanitäre Katastrophe.

SOS Chalkidiki

Wir trafen uns mit AktivistInnen einer Initiative gegen den kaum gewinnbringenden Gold- und Kupferabbau in Chalkidiki, einer besonders für den Tourismus wichtigen Halbinsel, die zu großen Teilen dadurch zerstört werden

soll und wo durch den Staub, der bei der Oberflächenförderung von Gold mit Schwermetallen belastet wird, die Gesundheit der Bevölkerung in Gefahr gebracht wird. Es gibt neben den Umweltgründen und Gesundheitsgründen somit auch ökonomische Gründe, die den Kampf der Initiative motivieren, da Chalkidiki die drittgrößte Tourismusregion in Griechenland ist. Außerdem sind weitere Goldförderungen in der ganzen Region Nordgriechenland geplant. In diesen Projekten wird mit einem halben Gramm Gold pro Tonne Erde/Gestein kalkuliert – was kaum der

Rede wert ist. Nordgriechenland müsste ausradiert werden, um Gold in einer vernünftigen Menge dort fördern zu können. Es handelt sich bei SOS Chalkidiki um die größte Widerstandsbewegung der letzten Jahre. Die Polizei ist in Dörfer eingefallen und hat ohne Anlass mit Tränengas geschossen. Leute wurden verhaftet und für mehrere Monate ohne Anklage festgehalten. Die Polizei ist ohne Durchsuchungsbefehl in der Nacht in Häuser eingebrochen und hat Leute verhaftet.

Die meisten Menschen der Widerstandsbewegung von Chalkidiki waren vorher niemals in ihrem Leben auf einer Demonstration. Durch die Repression sind sie zu KämpferInnen geworden und kämpfen um ein würdiges Leben für ihre Kinder. Die Polizei schikaniert die Leute ohne Grund, etwa 300 Personen wurden vor Gericht gestellt. Mittlerweile operiert auf staatlichem Gebiet eine private Sicherheitsfirma, die Leute anhält und am Betreten der Region hindert.



Besuch der Initiative SOS Chalkidiki

Fahrt nach Thessaloniki

von Frederik Schmidberger,
Regionalsekretär ÖGB Oberösterreich

Als ich meinen Kollegen von meiner ersten Reise nach Thessaloniki im April 2014 erzählte, waren sie interessiert und wollten sich die Initiativen selbst anschauen. Da wir ohnehin öfter gemeinsam Urlaub machen, sollte es 2016 eine Solidaritätsreise nach Griechenland werden.

Am 5. Juni 2016 reiste somit eine Gruppe von sechs Betriebsräten und Gewerkschaftsaktivisten aus dem Bezirk Vöcklabruck nach Thessaloniki, um dort

die „Klinik der Solidarität“ und weitere Sozialeinrichtungen, wie die selbstverwaltete Fabrik BIO.ME, zu besuchen.

Rund 700 Euro Spendengelder wurden dabei an die Klinik und an die Solidaritätsküche von Jannis Papadopoulos übergeben. Bei den Gesprächen mit den AktivistInnen machte sich die lange Zeit, die sie schon aktiv sind, bemerkbar. Immer mehr von ihnen stehen selbst privat vor großen finanziellen Herausforderungen. Bei einem Solidaritätskonzert für den Verein SOS Chalkidiki lernten wir AktivistInnen, die gegen die Zerstörung der Natur auf der Halbinsel kämpfen,

kennen. Sie sind derzeit geplagt durch Klagen, mit denen sie von der Bergbaugesellschaft überzogen werden. Sie sind anwaltlich vertreten, doch haben sie große Probleme, die Kosten dafür aufbringen zu können.

Die selbstverwaltete Fabrik BIO.ME machte rechtlich einige Fortschritte. Sie haben nun auch offiziell das Recht, Produkte ins Ausland zu exportieren (2013/2014 war dies noch nicht möglich – siehe Bericht von Gerhard Lanzersdorfer). Auch diskutieren sie darüber, einen eigenen Verkaufsshop in Athen zu eröffnen. Unsere Reisegruppe



Besuch der Solidaritätsküche



T-Shirt-Verkauf für SOS Chalkidiki bei einem Solidaritätskonzert

hat mit ihnen besprochen, in Betrieben Werbung für ihre Seife zu machen. Die Idee, dass BetriebsrätInnen diese Seife zu Weihnachten an ihre KollegInnen verteilen, wurde auch umgesetzt. Am 7. November 2016 wurde aus Vöcklabruck eine Bestellung von 2.400 Stück Seifen bei den KollegInnen in Thessaloniki in Auftrag gegeben.

Die mitreisenden Kollegen waren geschockt darüber, was mitten in Europa an sozialem Chaos möglich ist. Umso mehr beeindruckte sie die Arbeit der Freiwilligen und die Möglichkeit, Menschen in Not so effektiv und direkt zu helfen.



Besuch der Initiative SOS Chalkidiki

Griechenland betrifft uns alle!

von Claudia Schürz,
Landesbildungssekretärin ÖGB
Salzburg, Vorstandsmitglied
weltumspannend arbeiten

Nach der Teilnahme an der Studienreise von „weltumspannend arbeiten“ nach Thessaloniki und dem dortigen Besuch der „Klinik der Solidarität“ hat der ÖGB Salzburg bei zahlreichen Veranstaltungen versucht, ein Bewusstsein für die politische Dimension der Krise in Griechenland zu schaffen. Dabei sind wir dem Credo der „Klinik der Solidarität“ – politische Öffentlichkeitsarbeit zu leisten – gefolgt. Diese Bewusstseinsarbeit, bei der die verheerenden Auswirkungen der Austeritätspolitik thematisiert wurden, hat der ÖGB Salzburg mit der Sammlung von Spenden zugunsten der Klinik verknüpft.

Unter anderem hat der ÖGB Salzburg Anfang 2015 die Produktion des Films

„Wer rettet wen?“, der sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzt, unterstützt. Bei den zwei Kinovorführungen in Salzburg und Bischofshofen konnten rund 400 Gewerkschaftsmitglieder erreicht werden. Im Anschluss an den Film wurden Spenden für die Klinik gesammelt. Außerdem konnte durch die Diskussionsveranstaltung mit Katerina Notopoulou eine große Zahl von MultiplikatorInnen gewonnen werden. Darüber hinaus haben sich alle laufenden Gewerkschaftsschulen im Rahmen von Themenabenden mit der Krise in Griechenland auseinandergesetzt. Ein Gewerkschaftsschulprojekt hat sich der Spendensammlung gewidmet und letztendlich 500 Euro für die „Klinik der Solidarität“ erlöst.

Gutes Feedback hat es für die beiden Gewerkschaftsschulreisen nach Thessaloniki im November 2016 gegeben. Die TeilnehmerInnen waren sich nach den Reisen einig, dass ihr Bewusstsein für

die Ursachen und Folgen der Griechenlandkrise durch die zahlreichen Eindrücke und Gespräche vor Ort geschärft wurde. Hervorzuheben ist hierbei das Engagement der beiden Gruppen, die sowohl finanziell als auch materiell die Hilfsinitiativen unterstützt haben.

Bei der Reise sowie bei allen durchgeführten Veranstaltungen und Aktionen war es dem ÖGB Salzburg wichtig, auf die Verknüpfung der „griechischen Tragödie“ mit der neoliberalen Politik in Europa und darüber hinaus aufmerksam zu machen.

Kurz: Griechenland betrifft uns alle!

Wir müssen den Blick auf das gesamte System werfen, da die Existenz von Solidaritätskliniken und Hilfsinitiativen nur die Folge drastischer Einsparungen im Sozialsystem ist. Uns allen sollte klar sein: Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt – genauso wenig wie die GriechInnen.



Katerina Notopoulou im März 2015 in Salzburg bei der Veranstaltung „Wir lassen uns die Steuerreform nicht schlechtreden“



Gewerkschaftsschule Salzburg Stadt in Thessaloniki beim Besuch von Yiorgos Archantopoulos, Betriebsratsvorsitzender des Wasserwerks Thessaloniki

Die Initiativen der letzten Jahre in Griechenland – mehr als die Summe seiner Teile

von Gerhard Lanzerstorfer, *Landessekretär Gewerkschaft vida*

In den letzten Jahren sind in Griechenland viele Initiativen entstanden, die der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft entgegenzutreten.

Ein besonderes Merkmal der widerständigen griechischen Zivilgesellschaft ist die außerordentlich starke Vernetzung dieser Initiativen untereinander. Wer sich beispielsweise in der „Klinik der Solidarität“ engagiert, bekommt sehr rasch Kontakt zu anderen Gruppen, wie **SOS Chalkidiki** (Widerstand gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung durch ein riesiges Goldabbau-Projekt), **SOS to Nero** (gegen die Privatisierung des Trinkwassers), **Antirassismusbewegung und Solidaritätsküche**, **ERT open** (der Kampf um die Wiedereröffnung der von Sommer 2013 bis Sommer 2015 geschlossenen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt), **BIO.ME** (eine von Arbeitern besetzte und selbstverwaltete Fabrik), **Kalathaki** (ein Spendenprojekt, um besonders bedürftige Menschen mit Grundnahrungsmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs zu versorgen), um nur einige zu nennen.

Herausforderung: Flüchtlingskrise

Eine gewaltige Herausforderung, der sich viele dieser Initiativen gemeinsam stellen, ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Der kleine Ort Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze ist europaweit dafür zum Synonym geworden.

Der österreichische EU-Abgeordnete Josef Weidenholzer lud im April 2015 einige Vertreter solcher Initiativen nach Brüssel ein. Sie sollten Gelegenheit haben, über ihre Situation in Griechenland zu berichten. Mit dabei war auch Vasilis Tsartsanis, jener Mann, der schon ein Jahr zuvor begonnen hatte, privat mit der Bevölkerung vor Ort Hilfe für Menschen zu organisieren, die auf der Flucht in Idomeni gestrandet waren. Seine eindringlichen Schilderungen veranlassten uns, zwei Monate später dieses Gebiet erstmals selbst zu besuchen.

Zu diesem Zeitpunkt war es tatsächlich fast ausschließlich die einheimische Bevölkerung, die, so gut es ging, versuchte zu helfen. Daneben gab es noch AktivistInnen aus Thessaloniki, wie von der „Klinik der Solidarität“ oder von der Antirassismusbewegung/Soliküche, die sich mehrmals pro Woche mit Privatfahrzeugen auf den Weg machten, um Hilfe zu leisten. Keine offiziellen Stellen, keine internationalen Hilfsorganisationen waren vor Ort. Insgesamt war die Situation schlichtweg katastrophal.

Juni 2015

Idomeni, Leben und Sterben im Sperrgebiet.

Zurück in Österreich, entschlossen wir uns daher, unter dem Titel „Idomeni, Leben und Sterben im Sperrgebiet“ einen Hilferuf zu veröffentlichen.

Nach einigen Tagen Aufenthalt im griechisch-mazedonischen Grenzgebiet war es nicht möglich, tatenlos und schweigend zur Normalität zurückzukehren.

In ein Gebiet von wenigen Quadratkilometern strömten 500 bis 1.000 Flüchtlinge täglich.

Der Großteil kam aus Syrien, entweder auf dem Landweg über die Türkei oder übers Meer auf eine der geografisch günstig gelegenen Inseln wie Lesbos. Und viele landeten irgendwann hier im Niemandsland an der mazedonischen Grenze, in der Nähe des Dorfes Idomeni. Aus allen Himmelsrichtungen kamen sie in größeren oder kleineren Gruppen, einen Rucksack am Rücken, eine Plastiktasche in der Hand, Kleinkinder und Babys auf dem Arm – manche erst in den letzten Wochen und Monaten auf der Flucht geboren. Flüchtlinge zu transportieren ist nicht erlaubt. Weder mit öffentlichen Verkehrsmitteln noch mit Taxis oder privat. Also hatten die meisten von ihnen Gewaltmärsche über hunderte Kilometer hinter sich, oft in Socken, die Schuhe in der Hand, weil die Füße zu geschwollen waren.

Idomeni war ein neuralgischer Punkt auf der Balkanroute. Ob man den Übertritt nach Mazedonien schaffte, war Glückssache. Zwar gab es zu dieser Zeit eine Anweisung der mazedonischen Regierung, die Flüchtlinge mit einem Aufenthaltstitel von 72 Stunden zur Durchreise nach Serbien passieren zu lassen, doch Anordnungen der eigenen Regierung dürften die Grenzschützen nicht sonderlich beeindruckt haben. Mehr oder weniger schwer bewaffnet patrouillierten sie entlang der grünen Grenze und ließen ihre Muskeln spielen. Das erklärte, warum die Leute auf freiem Feld übernachteten oder auf dem Asphalt der Straßen.





Waldstücke und Straßengräben eigneten sich zu gut für Überraschungsangriffe. Auf freiem Feld hieß, bei jeder Witterung, in sengender Hitze und bei strömendem Regen. Direkt im Sperrgebiet stellten Einheimische ein paar kleine Hobbyzelte auf, sodass zumindest Frauen mit Kleinkindern, Verletzte und Kranke etwas Schutz fanden.

Man kann nur schätzen, aber es dürften sich im ersten Halbjahr 2015 ständig etwa 1.500 bis 2.000 Menschen im Gebiet aufgehalten haben. Je nach körperlicher Verfassung der einzelnen Gruppen versuchten sie immer wieder, an verschiedenen Stellen durchzukommen – teilweise drei, vier, fünf, sechs Mal und öfter –, um wieder aufgegriffen, wieder geschlagen, ausgeraubt, zurückgedrängt zu werden. Dazwischen legten sie einige Tage Rast ein, manche marschierten auch wieder achtzig, neunzig Kilometer zurück nach Thessaloniki um irgendwo Unterschlupf und Versorgung zu finden. Und ständig kamen neue Gruppen nach.

Aufgrund der seit Jahren andauernden und sich immer weiter verschärfenden Krise in Griechenland waren mancherorts die regionalen öffentlichen Strukturen, speziell im Gesundheitsbereich, nicht mehr funktionsfähig. Eigentlich war es die Bevölkerung der Umgebung, die den Flüchtlingen Beistand bot.

Idomeni ist ein kleiner Ort, die Menschen hier hatten selbst zu kämpfen. Trotzdem kochten sie im Schnitt pro Woche 1.100 Portionen Essen und brachten es jenen, die gar nichts hatten. Dazu einmal wöchentlich die Ausbeute permanent laufender Sammelaktionen: Kleidung, Schuhe, Windeln!

In Polykastro, einem etwas größeren Ort, ca. 20 km entfernt, gab es eine Gesundheitsstation (Klinik wäre deutlich übertrieben). Dorthin wurden immer

wieder Flüchtlinge gebracht, die auf freiem Feld nicht mehr versorgt werden konnten. Der Leiter der Einrichtung erklärte uns, dass von diesen PatientInnen natürlich niemand versichert sei, aber so lange es geht, werde man helfen. Personal hatte er noch, das zwar unregelmäßig bezahlt wurde, aber die meisten waren geblieben. Das wirkliche Problem seien die Materialien, sukzessive gingen auch die wichtigsten Medikamente aus, Verbandmaterial sei schon lange echte Mangelware. Besonders schlimm war, dass man gerade bei Babys und Kleinkindern immer nur improvisieren konnte.

Wir haben uns im Sommer 2015 daher entschlossen, als erste Sofortmaßnahme hier anzusetzen und eine Liste der besonders dringend benötigten Medikamente/Materialien zusammenzustellen. Alle Arten von Antibiotika, alles was zur Wundversorgung nötig war, Entzündungshemmer und Schmerzmittel, Cremes, Salben zur Behandlung von Hautkrankheiten aller Art, Medikamente für den Magen-Darm-Trakt. Besonders dringend benötigt wurden diverse Medikamente, die auch zur Behandlung von Kleinkindern geeignet waren, sowie Babynahrung, Windeln usw. Großer Bedarf bestand auch an Toilettenartikeln wie Seifen und Shampoos.

Soweit der damalige Aufruf, der glücklicherweise ein gewaltiges Echo fand. Von vielen Privatpersonen, Apotheken, Pflegeheimen, Kliniken und ganz besonders einigen Ordensspitalern aus Oberösterreich und Wien – unter kräftiger Mitwirkung der jeweiligen Betriebsräte – erreichten uns Sachspenden in einem Ausmaß, das alle Erwartungen übertraf. Ein 3,5-Tonnen-Lkw, den die Caritas Wien zur Verfügung stellte, sowie ein VW-Bus der Gewerkschaft vida ermöglichten uns im August 2015 den Transport nach Nordgriechenland. Daneben konnten wir aus einem eigens

eingerrichteten Spendenkonto noch etwa 3.500 Euro für Einkäufe vor Ort verwenden. Für die Betroffenen in diesem vergleichsweise kleinen Gebiet war es in diesem kurzen Moment sicher mehr als nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Mittlerweile, fast zwei Jahre später, ist natürlich alles längst verpufft. Das „Lager“ in Idomeni gibt es nicht mehr. Etliche andere Camps wurden errichtet, verteilt über halb Griechenland, die meisten überfüllt, in manchen ist die Situation kaum besser, als sie in Idomeni war. Und niemand bezweifelt ernsthaft, dass es noch viel schwieriger werden wird. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 haben mehr Menschen auf der Flucht versucht, Griechenland zu erreichen, als im gesamten Jahr 2015. Es macht sich zunehmend Verzweiflung, Enttäuschung, Frust und Resignation, hilflose Wut und zunehmende Erschöpfung breit, nicht nur bei den Menschen auf der Flucht, sondern auch bei den AktivistInnen vor Ort. Irgendwann geht es einfach nicht mehr, und trotzdem muss es doch gehen, weil du beim Sterben nicht zusehen kannst, wenn du unmittelbar daneben stehst.

Mit einigen hundert Kilometern Abstand geht das viel leichter. Europa sieht beim Sterben zu. Gelangweilt irgendwie und angewidert von der Verzweiflung.



Auszug von diversen Veranstaltungen – Thema: Griechenland und „Klinik der Solidarität“

März 2013

Erstmaliger Besuch von Katerina Notopoulou in Österreich. Sie berichtete in Wien und Linz über die von der Troika auferlegten Sparmaßnahmen für Griechenland und die verheerende Situation im Gesundheitsbereich.

*Europa am Schauplatz.
Schicksal oder bewusste Politik?
Nur in Griechenland oder auch bei uns?*

18. März 2013 – Veranstaltung des **Angestelltenbetriebsrats der Wiener Gebietskrankenkasse** über die „Klinik der Solidarität“:
... keine medizinische Versorgung für Arbeitslose, Kinder und Pensionisten ... Die Auswirkungen der europäischen Sparpolitik auf das Gesundheitswesen – am Beispiel Griechenland!



Katerina Notopoulou in der Arbeiterkammer OÖ

Oktober 2013

Der Besuch von Katerina Notopoulou wurde gut genutzt, um in Österreich auf die Situation in Griechenland aufmerksam zu machen und neben Spendensammlungen politische Informationsarbeit zu betreiben.

Am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, veranstaltete der ÖGB in Kooperation mit weltumspannend arbeiten im **ÖGB Wien** eine Veranstaltung mit dem Titel: **Workers United – von der Ausbeutung in Griechenland bis zur modernen Sklaverei in Katar**

Katerina Notopoulou wurde als Vortragende eingeladen, um über die Situation in Griechenland und der „Klinik der Solidarität“, auf die immer mehr GriechInnen wegen Einsparungen im Gesundheitswesen angewiesen sind, zu sprechen.

An diesem Abend wurden Kathrin Niedermoser und Lukas Neißl geehrt. Sie erhielten vom ÖGB eine Auszeichnung für ihr überdurchschnittliches freiwilliges Engagement für das Projekt „Klinik der Solidarität“.

Am 10. Oktober fand im Festsaal im **Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Linz** folgende Veranstaltung statt:

Humanitäre Katastrophe in Griechenland oder: solidarisches Handeln als Überlebensstrategie

Abends ging es zur **Arbeiterkammer Vöcklabruck** zur Veranstaltung:

Was ist los in Griechenland? Zwischen sozialer Katastrophe und solidarischem Widerstand



Katerina Notopoulou mit Podiumsgästen zum Welttag für menschenwürdige Arbeit sowie Marcus Strohmeier und Agnieszka Bros vom ÖGB-Referat für internationale Verbindungen



Der Leitende Sekretär des ÖGB, Bernhard Achitz, übergab die Urkunden.



Katerina Notopoulou

Am 11. Oktober besuchte Katerina Notopoulou die SchülerInnen des 3. Jahrganges der **HAK in Vöcklabruck**. Katerina erzählte von der derzeitigen Situation der griechischen Bevölkerung, den humanitären Auswirkungen des Sparkurses in Griechenland auf das Gesundheitswesen, auf Bildungsausgaben und auf die politische Parteienlandschaft.

Besonders schilderte sie das solidarische Engagement von ÄrztInnen, Krankenschwestern und TherapeutInnen, die in „Kliniken der Solidarität“ (z. B. in Patras, Kreta, Athen, Thessaloniki ...) Menschen auch ohne Versicherungsstatus behandeln und mit den nötigsten Medikamenten zu versorgen versuchen.

Die SchülerInnen hörten mit viel Interesse zu und stellten engagierte Fragen an die Referentin – und das auf Englisch!



Klinik der Solidarität



Das Programm in der HAK in Vöcklabruck wurde musikalisch umrahmt.



Im Interview mit Josef Achleitner von den OÖN

OÖ Nachrichten, 17. Dezember 2013

Initiative aus Oberösterreich unterstützt „Klinik der Solidarität“ im kriselnden Griechenland

von Josef Achleitner

Notopoulou: „Manche sterben, weil sie nicht behandelt werden“

Initiative aus Oberösterreich unterstützt „Klinik der Solidarität“ im kriselnden Griechenland

Von Josef Achleitner

LINZ/THESSALONIKI. Die griechische Finanzkrise nimmt im Gesundheitswesen dramatische Folgen an. Weil sich immer mehr Menschen auch bei schweren Erkrankungen die Behandlung nicht mehr leisten können, haben Ärzte und Gewerkschafter in der Industriestadt Thessaloniki eine „Klinik der Solidarität“ gegründet. Oberösterreichische Gewerkschafter unterstützen das Haus mit einem nachhaltigen Projekt.

Es gibt zwar zaghaft gute Nachrichten aus Griechenland, was die Finanzsituation und den Aufbau eines finanzierbaren Staatwesens betrifft. Das reale Leben spiegelt den vorsichtig positiven Befund der EU und des Währungsfonds

aber überhaupt nicht wider, findet die junge Psychologin Katerina Notopoulou. Sie arbeitet seit zwei Jahren ehrenamtlich in der „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki und berichtete bei einem Besuch in Linz auf Einladung der Gewerkschaft vda und der Betriebsräte der Barmherzigen Schwestern und der Barmherzigen Brüder über die Lage.

An die 100 Patienten werden hier täglich ambulant behandelt, von der Zahnmedizin bis zur Psychotherapie, und bekommen Medikamente kostenlos. Kinder erhalten Schutzimpfungen, die der klamme Staat in den Schulen abgeschafft hat. Das Gebäude stellt der Gewerkschaftsdachverband GSEE, er trägt auch die Grundkosten für den Betrieb. Das Personal inklusive



Katerina Notopoulou

Foto: ach

der Ärzte arbeitet ehrenamtlich. „Die Menschen können sich die Behandlung in den noch offenen Spitälern – ein Teil wurde geschlossen, manche wurden privatisiert – nicht mehr leisten. Sie würden ohne dieses Angebot unbehandelt bleiben. Manche sterben auch, weil sie nicht behandelt werden“, sagt Notopoulou.

Behandlung unerschwinglich

Seit Beginn der Krise hat der hochverschuldete Staat auf Druck der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds das ohnehin nicht hoch entwickelte Gesundheitssystem niedergefahren. Inzwischen sind 40 Prozent der Bevölkerung ohne Krankenversicherung, und es werden mit der stei-

genden Arbeitslosigkeit (derzeit an die 30 Prozent der Erwachsenen, 60 Prozent der Jugendlichen) immer mehr.

In öffentlichen und privaten Krankenhäusern ist die Behandlung für Arbeitslose und Durchschnittsverdiener unerschwinglich. „Die erste Frage im Spital ist: Können Sie sich den Aufenthalt leisten?“, berichtet Notopoulou. Das Arbeitslosengeld liegt bei 322 Euro, die Spitalsbehandlung einer Magen-Darm-Entzündung kostet 600 Euro, für eine Entbindung werden 900 Euro verrechnet.

„weltumspannend Arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein im ÖGB, will das Projekt in Thessaloniki nun mit einer längerfristigen Aktion unterstützen. Näheres unter klinikdersolidaritaet@oegb.at.

Mai 2014

3. Internationale ArbeiterInnen tage



George Papakonstantinou, Gewerkschafter aus Griechenland war zu Gast bei den internationalen ArbeiterInnen tagen von **19. bis 21. Mai 2014 in Linz.**

Auch der VÖGB OÖ lud zu einer Veranstaltung am 21. Mai 2014 nach Gallneukirchen:

Wie (über-)leben in Griechenland? Informationen aus erster Hand über die Situation in Griechenland im 5. Jahr der „Krise“

Die Gesprächspartner waren:

Lambros Moustakakis, Grieche, Coach, Supervisor, Organisationsberater, Mitarbeiter Volkshilfe OÖ, Mitgründer und Vorstand des sozialgenossenschaftlichen Unternehmens VOLKSHILFE HELLAS mit Sitz in Athen

George Papakonstantinou, Vizepräsident der Gewerkschaft der Erdölgesellschaft „Hellenic Petroleum Co.“, Vorstandsmitglied des Griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE

Sepp Wall-Strasser, Bildungssekretär des ÖGB OÖ, Geschäftsführer von weltumspannend arbeiten, Mitinitiator des Solidaritätsprojektes „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki



März 2015

Am 25. März 2015 lud der VÖGB OÖ in die Kürnberghalle Leonding zum Diskutieren ein – Thema:

„Griechenland nach den Wahlen: Leben zwischen Grexit und dem Kampf für einen New Deal in Europa. Was ist unsere Verantwortung?“



Katerina Notopoulou mit SchülerInnen der 3. HLW/B

Am 26. März 2015 lud die 3. HLW/B der Don Bosco Schulen Vöcklabruck zu einem kulinarischen und musikalischen Abend zum Thema Griechenland ein. Zusätzlich wurde über die aktuelle Lage der Menschen Griechenlands berichtet:

Kochen gegen die Krise



Ein Teil des griechischen Buffet

Mai 2015

Am 5. Mai 2015 fand in der Kreisky Villa in Wien die Diskussion „The new European left“ statt.



Robert Misik (Journalist und politischer Schriftsteller) mit Katerina Notopoulou vor der Kreisky Villa in Wien

Juni 2016

ΞΕΡΕΙΣ ΤΙ ΞΕΡΕΤΕ ΓΙΑ ΤΗ ΝΕΑ ΓΕΝΙΑ ΕΜΠΟΡΙΚΩΝ ΣΥΜΦΩΝΙΩΝ (TTIP, CETA, TISA);
Μία συντονισμένη επίθεση στα κοινωνικά δικαιώματα, το περιβάλλον και τη Δημοκρατία

STOP TTIP! TTIP CETA TISA

Πέμπτη, 23 Ιουνίου 2016 | 19.30

Αίθουσα εκδηλώσεων του Κέντρου Ιστορίας Θεσσαλονίκης
Μέγαρο Μπίλλη πλατεία Σπυροπούλου

Gernot Almesberger,
ιδρυτής της καμπάνιας "stop TTIP Upper Austria"

Θεοδώρα Βαλκάνου,
νομικός, LL.M στο Διεθνές Διεθνές Δίκαιο

Ρία Καλαφάκου,
πανεπιστημιακός, επικεφαλής της δημοτικής κίνησης «Θεσσαλονίκη Αναγκη Πόλη»

Δώρα Κοτσακά - Καλαϊτζιδάκη,
δρ. Πολιτικής Κοινωνιολογίας, Ερευνήτρια στο Ινστιτούτο Νίκος Πουλαντζάς

 **ΙΝΣΤΙΤΟΥΤΟ ΝΙΚΟΣ ΠΟΥΛΑΝΤΖΑΣ** Όμιλος Φίλων Θεσσαλονίκης Ινστιτούτου Νίκος Πουλαντζάς

Stop TTIP – auch Griechenland demonstriert

TTIP, CETA und TISA sind auch in Griechenland Thema. Mit zahlreichen Informationen aus Österreich und Motivation, gegen TTIP, CETA und TISA zu demonstrieren, geht es zurück nach Griechenland. Mit Unterstützung von Österreich wird auch in Griechenland demonstriert.



StopTTIP-Demonstration am 23. Juni 2016

NEIN zur Wasserprivatisierung

Aufgrund der Auflagen der Troika wurde das staatliche Wasserversorgungsunternehmen (EYATH) gegen den Willen der Bevölkerung zum Verkauf freigegeben. Die BürgerInnen der Stadt und die Angestellten der betroffenen Betriebe waren gegen den Verkauf ihrer öffentlichen Wasserwerke und betrieben mehrere Kampagnen, um die Privatisierung zu stoppen.

Die internationalen Erfahrungen in den letzten Jahren hatten gezeigt, dass Privatisierungen immer zu explodieren-

den Wasserpreisen und meist zu einer Verschlechterung der Wasserqualität geführt hatten. In Großbritannien beispielsweise stieg der Wasserpreis von 1989 bis 1999 um 46 Prozent. EYATH stand jedoch auch symbolisch für die neoliberale Krisenpolitik. Das Unternehmen war der erste Privatisierungskandidat im Rahmen der Austeritätspolitik in Griechenland.

Es war wichtig, dass wir unsere KollegInnen in Griechenland in ihrem Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher

Güter unterstützen. Nicht zuletzt deshalb, weil wir damit verhinderten, dass ähnliche Versuche auch in anderen Ländern gestartet werden. Aus diesem Grund hatte Kathrin Niedermoser eine Facebook-Gruppe mit „Nein zur Wasserprivatisierung in Thessaloniki“ eingerichtet. Auf dieser Plattform haben sich hunderte Personen mit der Forderung „Nein zur Wasserprivatisierung“ fotografieren lassen und stellten ihre Botschaft online. Die Solidarität ging über die Landes- und auch Gewerkschaftsgrenzen hinaus! Danke!



Yiorgos Archantopoulos von der Initiative SOSTe to Nero





Am 18. Mai 2014 fand auf Initiative von AktivistInnen in Thessaloniki ein Referendum/eine Abstimmung bezüglich der Wasserprivatisierung statt.

Die Regierung hatte jedoch am Tag vor der Abstimmung diese in öffentlichen Gebäuden untersagt. Letztendlich konnte die Abstimmung im Freien stattfinden.

30 internationale BeobachterInnen (z. B. GewerkschafterInnen aus Österreich, Schweden, Holland, Deutschland, Frankreich ...) des Referendums zur Wasserprivatisierung waren vor Ort, unter anderem Kathrin Niedermoser, Jürgen Michlmayr und Markus Simböck. Deren Aufgabe war es, vier Wahlorte in regelmäßigen Abständen zu besuchen und sie auf besondere Vorkommnisse zu prüfen. Entge-

gen einigen Befürchtungen gab es im ganzen Beobachtungszeitraum keine größeren Einwirkungen von außen. Rund 210.000 abgegebene Stimmen wurden ausgezählt. Davon stimmten 98,11 Prozent gegen die Privatisierung und 1,99 Prozent für die Privatisierung des Wassers.

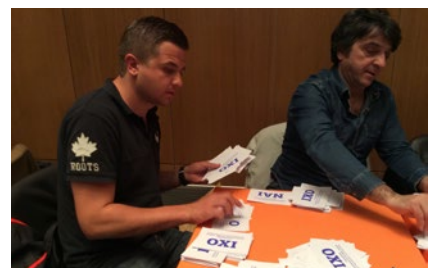
Diese Befragung war nicht bindend für die Regierung.



WahlbeobachterInnen: M. Simböck, K. Niedermoser, Y. Archantopoulos, J. Michlmayr



Abstimmung



Auszählung der Stimmen

Buchvorstellung

Durch die Krise kommt keiner allein. Was Griechenland Europa lehrt.

Autor: Christian Rathner, österreichischer Fernsehjournalist und Buchautor; Styria Verlag

Zu bestellen unter: <http://www.styriabooks.at/article/4456>

Buchbeschreibung:

Nein, die Krise in Griechenland ist nicht vorüber. Im Gegenteil: Wie Säure frisst sie sich in den Alltag.

Menschen wie du und ich rutschen in Armut und Obdachlosigkeit. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Was hilft gegen die Verzweiflung? Die Verführungskraft radikaler Positionen wächst. Die neonazistische Partei „Goldene Morgenröte“ wittert Morgenluft. Aber es gibt auch die andere Reaktion auf die Herausforderung. „Wir kannten das Wort Solidarität nicht mehr“, erzählt eine Ärztin in Athen, „aber jetzt lernen wir es wieder zu buchstabieren“.

Kleine und große Hilfsaktionen sind quer durchs Land entstanden: Lichtaspekte in einer dunklen Zeit. „Wenn das Feuer an die Tür des Nachbarn klopft“, sagt man in Athen, „dann hilfst du besser mit, es zu löschen. Du könntest sonst der Nächste sein, bei dem es brennt.“

ORF-Journalist Christian Rathner erzählt in seinem Buch von den Menschen hinter Zahlen und Klischees. Er benennt die Fragen, die die griechische Tragödie an Europa stellt. Er findet Antworten, die für den ganzen Kontinent von Bedeutung sind. Denn die Krise lebt. Griechenland geht uns alle an. Neue Formen des Miteinanders sind dringend gefragt.



Auszug von publizierten Artikeln in diversen Medien

Arbeit & Wirtschaft, Oktober 2013

„Wir wollen unser Leben zurück!“

*Allein in Thessaloniki leben 300.000 Menschen ohne Krankenversicherung.
Die Klinik der Solidarität hilft. weltumspannend arbeiten unterstützt sie dabei.*

Carmen Janko
ÖGB Oberösterreich

Wir wollen unser Leben zurück!“, sagt Dimitra Chatzigiannaki. Die aparte 55-jährige Blondine hat als Abteilungsleiterin gearbeitet, ihr Mann ist Uni-Professor. Jetzt ist sie arbeitslos, wie jede/jeder Dritte in Griechenland. Das Gehalt ihres Mannes hat die Regierung auf 900 Euro gekürzt. Die Raten für das Haus im Zentrum von Thessaloniki sind nicht mehr drin. Trotzdem findet Dimitra, dass sie privilegiert ist: Sie kann die Stromrechnung zahlen und hat etwas zu essen. Eine neue Steuer auf Strom war der Anlass für Dimitra, eine Nachbarschaftsinitiative zu gründen. Die Mitglieder organisieren Protestaktionen beim Stromlieferanten und außerdem einen Direktmarkt, auf dem Produzentinnen und Produzenten ihre Waren ohne ZwischenhändlerInnen verkaufen. Wie etwa der Ex-Reisejournalist und die ehemalige Physiotherapeutin, die heute zu Hause Marmelade einkochen.

Geschlossene Rollläden

Im Zentrum von Thessaloniki brodelt das Leben. Der Verkehr braust zu jeder Tages- und Nachtzeit, Menschen sind auch um Mitternacht auf den Straßen. Auf den ersten Blick schaut die Stadt aus wie eine normale südeuropäische Metropole. Die Auslagen sind voll, die Cafés hip. Doch etwa bei jedem vierten Geschäft sind die Rollläden geschlossen. Und es gibt kein Fleckchen Hausmauer, keinen Blumentrog, kein Schild, das nicht mit Parolen besprüht ist.

Dimitra und ihre Nachbarn kaufen Seifen und Waschmittel bei Bio.me. Aus Solidarität. Die Arbeiter im Gewerbegebiet weit vor den Toren der Stadt haben den Betrieb in Eigenregie übernommen, nachdem ihre Firma pleiteging. 38 Arbeiter haben die Produktion auf natürliche Reinigungsmittel umgestellt, die sie selbst vermarkten. Sie bewegen sich im rechtsfreien Raum. Die Rezepte sind aus dem Internet, administrative Computerarbeit mussten sich die Männer aneignen, denn die Angestellten haben den Betrieb verlassen, als sie hörten, dass alle jetzt gleich viel vom Kuchen bekommen sollen. Im Freien, vor den Produktionsräumen, steht ein selbstgezimmerter Tisch aus Pressspanplatten, darum alte Plastiksessel. Dort versammeln sich die Arbeiter und treffen im Kollektiv ihre Entscheidungen. Im Februar läuft die staatliche Krankenversicherung – in die sie jahrzehntlang eingezahlt haben – aus, weil sie schon zu lange keine offizielle Arbeit mehr haben.

Ein Schicksal, das sie mit 30 Prozent der Griechinnen und Griechen teilen, die mangels Versicherung weder ins Krankenhaus noch zu einem Arzt gehen können. Dimitras Tochter Katerina Notopoulou ist Psychologin. Die 26-Jährige ist arbeitslos, wie zwei von drei Jungen in Griechenland. Gemeinsam mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern sowie anderen Freiwilligen betreibt sie die „Klinik der Solidarität“ in einer schäbigen Seitenstraße im chinesischen Viertel. Der Gewerkschaftsverband GSEE hat dort ein Haus, in einem Stockwerk hat die Klinik ein Zuhause gefunden. Zwei

INFO & NEWS

Klinik der Solidarität

Die Klinik versteht sich als politisches Projekt und organisiert Aktionen gegen Sozialabbau, Rassismus und Rechtsextremismus. Alle MitarbeiterInnen sind Freiwillige, die Spenden fließen direkt in die Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten

Kontonummer: 46610093809

BLZ: 14 000 (BAWAG P.S.K.)

IBAN: AT091400046610093809

BIC: BAWAATWW

www.klinik-der-solidaritaet.at

streunende Hunde liegen vor dem Haus mit dem unscheinbaren Eingang, eine kleine Tafel dient als einziger Hinweis. Griechinnen und Griechen, die plötzlich keine Versicherung mehr haben, werden hier versorgt. Ehrenamtlich behandeln AllgemeinmedizinerInnen sowie Ärztinnen und Ärzte aus den Bereichen Kinder- und Zahnheilkunde sowie dem HNO-Bereich 5.000 bis 6.000 Menschen pro Jahr, die keinen anderen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, impfen Kinder und versorgen Schwangere. 300.000 Unversicherte leben allein in Thessaloniki.

Milchpulver und Tabletten

Im kleinen Behandlungszimmer, in dem jeden Tag von 18.00 bis 21.00 Uhr ein anderer Facharzt ordiniert, öffnet Katerina eine Kommode, in der einige



© Maria Schätz

In der internen Apotheke sind Regale bis zur Decke mit Tablettenschachteln gefüllt. Medizin bekommt nur, wer zuvor eine Ärztin/einen Arzt konsultiert hat. Die Klinik lebt von Spenden, auch aus dem Ausland. 26.000 Euro hat der ÖGB-Verein weltumspannend arbeiten bereits gesammelt, um die Betriebskosten zu decken.

Dosen Milchpulver stehen. „Viele Patientinnen und Patienten fragen nach Babynahrung“, erzählt die Aktivistin, die selbst nichts verdient und auf die finanzielle Unterstützung ihrer Oma angewiesen ist. Die Klinik sammelt nicht nur Babynahrung, sondern auch Medikamente, die nicht mehr gebraucht werden. In der internen Apotheke sind Regale bis zur Decke mit Tablettenschachteln gefüllt. Medizin bekommt nur, wer zuvor eine Ärztin/einen Arzt konsultiert hat. Die Klinik lebt von Spenden, auch aus dem Ausland. 26.000 Euro hat der ÖGB-Verein weltumspannend arbeiten bereits gesammelt, um die Betriebskosten zu decken.

Hilfesuchende stehen Schlange

An den Tagen, an denen die Arzttermine vergeben werden, stehen die Hilfesuchenden bis auf die Straße Schlange. „Wir nehmen uns Zeit für unsere Patientinnen und Patienten. Die Bedingungen sind in unserer Ambulanz wahrscheinlich besser als in so manchem öffentlichen Spital, denn dort mangelt es sogar an Reinigungsmitteln“, sagt Katerina. Doch die Klinik kann nur ambulante Versorgung übernehmen. Wer operiert werden muss, braucht ein Krankenhaus. Die Ärztinnen und Ärzte sowie die PflegerInnen in der Universitätsklinik von Thessaloniki tun ihr Möglichstes, den radikalen Personalabbau zu kompensieren, doch es fehlen Medikamente, Verbandsmaterial, alles. Wer eine Versicherung hat, zahlt nichts für die Behandlung. Die 30 Prozent ohne Versicherung werden nur aufgenommen, wenn ihr Leben in Gefahr ist, danach wird für die Leistung kassiert. „Menschen

sterben, weil sie keine medizinischen Leistungen bekommen, viele werden krank, weil es keine Prävention gibt“, klagt ein Belegschaftsvertreter das Versagen der Regierung an.

Kein Geld für Miete und Strom

Keine Frage, Griechenland hatte auch vor der Krise große Probleme. Der Filz in der Politik, der überbordende öffentliche Sektor, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft und fehlende Industrie haben zu unhaltbaren Zuständen geführt. Doch unter dem Spardiktat der Troika hat die Regierung, gebildet aus der Mitte-rechts-Partei Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen Pasok, den Sozialstaat zugrunde gerichtet und Griechenland von einem westeuropäischen Wohlfahrtsstaat zu einem Land gemacht, in dem Zustände wie in der Dritten Welt herrschen. Der Mindestlohn wurde auf 500 Euro brutto für Junge und 580 Euro für Erwachsene gekürzt, die Regierung schmälerte Pensionen, entließ Tausende Beamte und sparte das Gesundheitswesen kaputt.

Die Armut ist in Thessaloniki noch unsichtbar. Die Menschen auf den Straßen sind gut gekleidet, die Zahl der BettlerInnen ist nicht höher als in einer österreichischen Stadt. Die Hunderttausenden, denen das soziale Netz entzogen wurde, sind zu Hause, in den Arbeitervierteln außerhalb des Zentrums. Noch wurden sie nicht aus ihren Wohnungen geschmissen, obwohl sie die Miete nicht mehr aufbringen, noch haben die meisten Strom, noch sind es nur 15 Prozent, die die Wasserrechnung nicht zahlen

können und die beim staatlichen Versorgungsunternehmen um Stundung ersuchen, damit ihnen die Leitung nicht abgedreht wird. Dass nun das Ende der Fahnenstange erreicht ist, erkennt auch der Pasok-Generalsekretär von Thessaloniki, der von „Entwicklungsmaßnahmen“ spricht, die nun folgen müssten. Doch die Troika verlangt Privatisierungen. So soll auch das staatliche Wasserversorgungsunternehmen an einen Konzern verkauft werden.

Überhaupt glauben nur mehr wenige Menschen an die Pasok, die blutleer wirkt und visionslos. Sie verzeihen der Regierung nicht, dass sie Proteste niederschlagen lässt, dass sie das öffentlich-rechtliche Fernsehen ERT abdrehte, die 3.000 Beschäftigten feuerte und nun einen neuen Staatsfunk aufbaut. Pagonis Panajotis gehört der Pasok-Mehrheit in der Gewerkschaft an. Die eigene Regierungspartei ruiniert gerade finanziell den Gewerkschaftsdachverband, weil sie Streiks und Widerstand brechen will. Er wirkt beschämt. Viele haben der Pasok den Rücken gekehrt. Sie und viele Menschen aus sozialen Initiativen setzen ihre Hoffnungen nun in die junge Linkspartei Syriza, die den Menschen vermittelt, alles anders machen zu wollen, die populistisch der Troika die Stirn bietet. Allein, den Wahrheitsbeweis in einer Regierung musste sie noch nicht antreten.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
carmen.janko@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Warten, bis das Leben beginnt

Katerina Notopoulou ist Psychologin in Griechenland. Die 25-Jährige hat sechs Jobs, für keinen davon bekommt sie Geld. Sie lebt in einem Haushalt mit schönem Geschirr, doch der Kühlschrank ist oft leer.

GU DRUN DORINGER

SALZBURG, ATHEN. Katerinas Gesicht gleicht den Fassaden der Wohnhäuser in Thessaloniki. Von außen sind die Sorgen dahinter nicht zu erahnen. Rosa Lippenstift, kombiniert mit einem Lächeln, das bis zu den Augenwinkeln reicht. Sieht so jemand aus, der Not leidet?

Katerina Notopoulou war mitten im Studium, als die Finanzkrise ihre Lebensplanung umschrieb. Psychologen waren plötzlich gefragt denn je, nur bezahlen konnte sie kaum jemand. „Es gibt drei Arten, wie die Leute in Griechenland mit der Krise umgehen“, sagt Katerina. „Die einen rücken näher zusammen. Die anderen verharren in einer Art Schockstarre, sie bleiben daheim, werden depressiv, so viele wie nie zuvor verüben Selbstmord. Wieder andere hassen die Politik, die uns das alles eingebrockt hat, so sehr, dass sie die Goldene Morgenröte, die Neonazipartei in Griechenland wählen.“ Die rechtsradikale Partei wurde bei der EU-Wahl am Sonntag mit 9,4 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Kraft in Griechenland.

Katerina Notopoulou gehört zur ersten Sorte. Sie kämpft. Und sie rückt zusammen mit Menschen, die sich ebenfalls nicht unterkriegen lassen wollen. Zwei Mal pro Woche arbeitet sie in der „Klinik der Solidarität“, einem Vier-Zimmer-Spital für Menschen, denen Gesundheitsversorgung zum unerschwinglichen Luxus geworden ist. „Die erste Frage in einem öffentlichen Spital lautet: Können Sie sich den Aufenthalt leisten?“, berichtet Katerina. Das Arbeitslosengeld liegt bei 322 Euro, die Spitalsbehandlung einer Magen-Darm-Entzündung kostet 600, eine Entbindung 900 Euro. Ist ein Kaiserschnitt nötig, werden 1300 Euro verrechnet. „Das können sich viele nicht mehr leisten. Die Zukunftsangst ist so groß gewor-



Katerina Notopoulou ist jung, gebildet und arbeitslos. Dennoch schuftet sie rund um die Uhr.

BILD: SN/MARCO RIEBLER

den, dass sich viele junge Frauen entschließen, ihr Kind abtreiben zu lassen – oft nicht bei einem Arzt, sondern bei jemandem, der es für weniger Geld macht.“ Die Nebenwirkungen bleiben nicht aus.

„Eine Entbindung kostet 900 Euro. Das können sich viele nicht mehr leisten.“

Katerina Notopoulou, Psychologin

Ärzte bringe diese Situation in ein Dilemma, erklärt Notopoulou. „Du leistest einen Schwur, Notleidenden zu helfen. Und dann sagt dir der Staat, du musst Patienten wieder weg schicken, wenn sie nicht bezahlen können. Das ist

grausam.“ Viele Ärzte könnten nicht damit umgehen und würden sich in Folge selbst aufreiben. „Ich kenne Krankenschwestern, die seit Monaten keinen freien Tag mehr hatten“, sagt Notopoulou. 300 Ärzte und Pfleger engagieren sich freiwillig und unbezahlt in der „Klinik der Solidarität“. Rund 200 Patienten werden pro Tag ambulant behandelt, von der Zahnmedizin bis zur Psychotherapie, Medikamente werden kostenlos ausgegeben.

„Wenn Patienten Danke sagen, gibt dir das Energie“, sagt Katerina. „Aber ich spüre, dass das nicht mehr reicht. Wir werden müde.“ Katerina hat sich seit Ausbruch der Krise gegen die Folgen gestemmt. Sie hat in einer Suppenküche Gemüse geschnipst, gegen die Privatisierung des Wassers demonstriert

und gegen den Ausverkauf der Insel Chalkidiki an kanadische Goldgräber. Sie engagiert sich in der Nachbarschaftshilfe und für günstigere Lebensmittel auf Märkten ohne Mittelsmänner.

Vier Jahre des Stemmens und des Sparens haben Katerina Optimismus gekostet. Mit 200 Euro pro Monat, die sie von ihrer Großmutter bekommt, kommt sie über die Runden. Auch die Wohnung, in der sie lebt, gehört der Großmutter. Ihre Eltern kämpfen selbst. „Mein Vater ist Uni-Professor, meine Mutter arbeitslos. Papa verdient nur noch 900 Euro netto, sein Gehalt wurde massiv gekürzt und dabei muss er den Kredit fürs Haus abbezahlen.“ Die Mittelschicht strauchelt. „Ur-laub ist schon lang keiner mehr drin, Ausgehen kann ich mir nicht

leisten. Ich wohne in einem Haushalt mit schönem Geschirr, aber der Kühlschrank ist oft leer. Ich habe kein Geld, um ihn ständig zu füllen.“ Katerina hält inne. „Irgendwann muss doch auch das richtige Leben beginnen.“

Diese Ansicht teilt sie mit Alexis Tsipras, Chef der Syriza, einem Bündnis aus linken Gruppen und Grüppchen, das am Wochenende mit 26,5 Prozent der Stimmen als klarer Wahlsieger aus der EU-Wahl in Griechenland hervorging. Die konservative Regierung landete mit 22,8 Prozent auf dem zweiten Platz, lehnt die von Tsipras geforderten Neuwahlen aber strikt ab.

Katerina ist Mitglied der Syriza. „Ich glaube, dass wir den einzig vernünftigen Plan haben, um dieser Krise zu begegnen“, sagt sie. Tsipras plädiert nicht für einen Euroaustritt Griechenlands. Er will aber die Politik der Eurozone ändern: mit einem „New Deal“. Unter diesem Begriff hatte US-Präsident Roosevelt in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts bahnbrechende Reformen zur Wachstumsförderung eingeleitet. Zudem verlangt Tsipras eine europäische Schuldenkonferenz, um Schuldenschnitte für den Süden durchzusetzen. Weitere Sparauflagen lehnt Tsipras ab. Sollte Syriza die regierende Koalition aus Konservativen und Sozialisten in Athen bei den nächsten Wahlen ablösen, will Tsipras die mit den EU-Geldgebern bereits vereinbarten Sparprogramme aufkündigen.

„Wir schlagen eine neue Richtung vor“, sagt Katerina. „Derzeit rettet die EU Banken, aber sie bringt Menschen um. Die Prioritäten müssen sich ändern.“

Katerina Notopoulou war auf Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Salzburg „weltumspannend arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein im ÖGB, unterstützt die „Klinik der Solidarität“.

Gesundheit in der Krise

ÖGB/AK-Podiumsveranstaltung Ende September in Brüssel: Griechische AktivistInnen der „Klinik der Solidarität“ berichteten über Einsparungen und katastrophale Zustände im Gesundheitsbereich in Griechenland.

Seit dem Jahr 2010 steht Griechenland unter Aufsicht der Troika, die Sparmaßnahmen in den Krisenländern Europas propagiert. Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben in den letzten Jahren breite Teile der griechischen Bevölkerung in die Armut gestürzt. Immer mehr Menschen fallen aus dem Gesundheitsversicherungssystem, können sich Medikamente und Behandlungen nicht leisten. „Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wird den Menschen das Arbeitslosengeld und auch die Krankenversicherung gestrichen“, berichtete Karadimos Ioannis,

Aktivist der „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki, bei der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung des ÖGB-Europabüros und der AK Europa zum Thema „Gesundheit in der Krise“ in Brüssel.

Die Klinik der Solidarität im Norden Griechenlands wird von Ärztinnen und Ärzten ehrenamtlich geführt, die kostenlose Gesundheitsdienstleistungen für alle anbieten und für eine staatliche Gesundheitsversorgung kämpfen, die für alle Menschen zugänglich ist. Dass die Situation nicht einfach ist und der Andrang auf die Solidaritätsklinik immer größer wird,

erzählten die AktivistInnen bei der Diskussionsveranstaltung. Sie kritisierten vor allem, dass die humanitäre Katastrophe in Griechenland verschwiegen wird. Und Diskussionsteilnehmerin Ulrike Neuhauser, Vize-Generalsekretärin vom Dachverband der Arbeitgeber der öffentlichen Krankenanstalten (HOSPEEM), betonte, dass die EU finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, diese jedoch nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Mehr Infos unter:

www.oegb-eu.at

www.weltumspannend-arbeiten.at



Am Podium: Karadimos Ioannis, „Klinik der Solidarität“, Sepp Wall-Strasser, „Weltumspannend Arbeiten“, Monika Vana, EU-Parlamentsabgeordnete, und Ulrike Neuhauser, Vize-Generalsekretärin von HOSPEEM.



„Die EU stellt finanzielle Mittel zur Verfügung. Aber der griechische Staat muss diese auch dort einsetzen, wo sie dringend gebraucht werden“, sagte Ulrike Neuhauser.



„Die Situation ist nicht einfach. Die Menschen kommen wegen körperlicher Beschwerden, werden aber auch psychologisch betreut. Der Andrang wird immer größer“, berichtete die Aktivistin aus Griechenland.



Der ÖGB-Verein „Weltumspannend Arbeiten“ versucht mit Studienreisen und Besuchen in der „Klinik der Solidarität“ ein Bewusstsein für die fatale Situation zu schaffen.

Bericht im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel

Im Rahmen des Brüssel-Besuchs wurde auch beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in der Fachgruppe Soziales und Beschäftigung über die aktuelle Situation Griechenlands unter dem Spardiktat der Troika, insbesondere über jene im Gesundheitsbereich, berichtet.



Fachgruppe des EWSA



Ioannis Karadimos, Sepp Wall-Strasser und Katerina Notopoulou beim EWSA

Salzburger Nachrichten, 26. März 2015

4 WELTPOLITIK

DONNERSTAG, 26. MÄRZ 2015 **Salzburger Nachrichten**

„Ich kann wieder nach vorn schauen“

Katerina Notopoulou war mitten im Studium, als die Finanzkrise in Griechenland ihren Lebenslauf bremste und umschrieb.

GU DRUN DORINGER

SALZBURG, ATHEN. Katerina Notopoulou könnte in ihrem Zimmer in Thessaloniki sitzen und an die Decke starren. Sie könnte die Gedanken trüb werden lassen und zusehen, wie die Farbe von ihrem Leben blättert wie von den Fassaden der Häuser gegenüber. Sie könnte, aber sie tut es nicht.

Die 26-jährige war am Ende ihres Psychologiestudiums, als die Finanzkrise über Griechenland hereinbrach. Psychologen waren gefragt denn je, nur bezahlen konnte sie kaum jemand. „Die Uhren blieben stehen. Stillstand. Ich hatte keine Aussicht auf einen Job“, erzählt Katerina Notopoulou. „Es war, als müsste ich darauf warten, bis das Leben beginnt.“ Mit 200 Euro, die sie monatlich von ihrer Großmutter bekommt, kommt sie über die Runden. Die Wohnung, in der sie lebt, gehört ebenfalls der Großmutter. „Früher bin ich gern einkaufen gegangen“, erzählt Katerina. Einkaufen zum Vergnügen gibt es nicht mehr. Rosa Lippenstift, ein blauer Anhänger um den Hals, die weiße Bluse. Sieht so jemand aus, der Not leidet?

„Ich gehöre zu den Glücklichen“, sagt Katerina. „Ich habe zu essen.“ Gegen Ende des Monats werde es allerdings knapp. Dann hielten sie es in ihrem Freundeskreis so, dass dort gegessen werde, wo jemand für einen Job bezahlt worden sei. Katerina selbst hat viele Jobs, die meisten unbezahlt. Zwei Mal pro Woche arbeitet sie etwa in der „Klinik der So-

lidarität“, einem Vier-Zimmer-Spital für Menschen, denen Gesundheitsversorgung zum unerschwinglichen Luxus geworden ist.

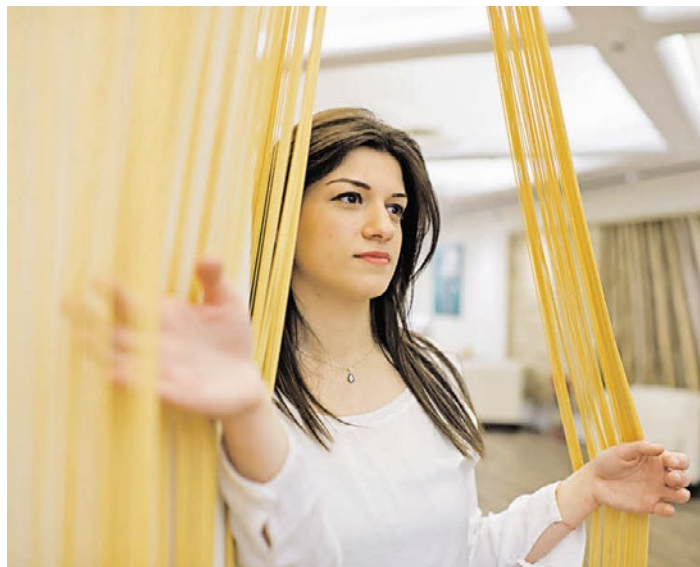
Dass die Krise allein den Ton angibt, wollte Katerina nicht hinnehmen und zumindest den Versuch unternehmen, gegenzusteuern. Diese Ansicht teilt sie mit Alexis Tsipras, dem neuen griechischen Premier. Katerina ist Mitglied der Syriza. Von Anfang an engagierte sie sich als Aktivistin für die Partei, rief zu Protestmärschen auf, schnipselte Gemüse in Solidaritäts-Suppenküchen oder demonstrierte für günstigere Lebensmittel auf Märkten ohne Mittelsmänner. „Die EU rettet Banken, aber sie bringt Menschen um. Wir müssen die Prioritäten ändern“, sagt Katerina. „Ich glaube, dass wir den einzigen ver-

„Psychologen brauchen viele, aber kaum jemand kann etwas bezahlen.“

Katerina Notopoulou

nünftigen Plan haben, dieser Krise zu begegnen.“ Der Wahlerfolg des Linksbündnisses unter Tsipras kaputtelte Katerina Notopoulou in das Zentralkomitee der Partei. 150 Personen aus verschiedensten Ecken und Berufsgruppen, bunt zusammengewürfelt wie die Aktivistinnen, die sie vorher waren, tragen nun politische Verantwortung.

„Wir schreiben gerade Geschichte. Darauf waren wir nicht vorbereitet“, sagt Katerina. „Natürlich ist es



Katerina Notopoulou engagiert sich für Syriza: „Es ist ein gutes Gefühl, gegenzusteuern.“

BILD: SN/MARCO RIEBLER

leichter, gegen etwas zu sein, als für etwas einzutreten. Aber genau das versuchen wir nun.“ Die Erwartungen der Menschen sind riesig und sie wiegen schwer, meint Katerina. „Wir wissen, dass wir uns an unsere Versprechen halten müssen. Sonst ist der Weg für Extremisten gebet.“ Der Erfolg bei den vergangenen Wahlen bedeutet ihr viel. „Wir müssen nicht mehr so viel Aufwand betreiben, um Menschen von unserem Kurs zu überzeugen. Der Erfolg gibt uns Luft zum Atmen. Es ist, als würde man nach einer langen schweren Zeit vor die Tür treten und tief Luft holen.“

Die härteste Zeit liege allerdings vor ihnen, fügt sie hinzu, das sei klar. Alexis Tsipras will der Eurogruppe am Montag eine Liste mit konkreten Reformplänen vorlegen. Sie ist Voraussetzung für die Auszahlung der bisher von den Geldgebern blockierten Hilfskredite. Das Wort „Hilfe“ hört Katerina allerdings nicht gern. „Es ist keine Hilfe. Sie kam nie bei den Menschen an, sondern nur bei den Banken. Die ein-

nen bringt die Krise um, die anderen bereichern sich. Diese Art von Hilfe hilft nicht. Das ist, als würde man einem Drogenabhängigen weiter Drogen geben. So löst man das Problem nicht, man verschlimmert es nur. Was wir brauchen, ist ein Kredit und die Möglichkeit, ihn so zurückzuzahlen, wie wir es auch schaffen können.“

Nach Tsipras' Antrittsbesuch im deutschen Kanzleramt bei Angela Merkel diese Woche spottete Adonis Georgiadis, Fraktionssprecher der oppositionellen Konservativen in Athen, Tsipras sei nun „im Club der Merkelisten angekommen“. Zu viele Zugeständnisse würde er inzwischen machen. Diese Stimmen werden auch in den eigenen Reihen laut. „Die Herausforderung ist, romantisch und realistisch zur gleichen Zeit zu sein“, sagt Katerina. Eine zweite – und zwar für alle Beteiligten – sei es, die EU von einem verbalen Schlachtfeld wieder zu einem Friedensprojekt zu machen.

Zu den griechischen Reformplänen gehört auch ein höherer Mehr-

wertsteuersatz auf Ferieninseln in der Ägäis. Auf beliebten Inseln wie Mykonos oder Santorin gilt seit Jahrzehnten ein ermäßigter Steuersatz. Nun erwägt Athen, ihn auf Festlandniveau, nämlich auf 23 Prozent, anzuheben. Das trägt auch deutsche Urlauber – wenn sie nur wieder kämen. „Ich sehe nur noch türkische oder russische Urlauber in Griechenland“, sagt Katerina. Die Spannungen zwischen Berlin und Athen lassen die Deutschen ihre Strandmatten anderswo ausbreiten. „Dabei würde es guttun, zu begreifen: Hier geht es nicht um einen Streit zwischen Nationen, sondern zwischen sozialen Schichten“, sagt Katerina. Ihren Lebenslauf schreibt sie nun wieder selbst. „Die Richtung war zwar so nicht vorgesehen. Aber sie stimmt für mich.“

Katerina Notopoulou war auf Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Salzburg „weltumspannend arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein im ÖGB, unterstützt die „Klinik der Solidarität“.

„Eine Familie zu gründen, ist unmöglich – es wäre schlicht zu teuer“

Katerina Notopoulou, Psychologin und „Syriza“-Aktivistin, erzählt über das beschwerliche Leben von Jugendlichen in Griechenland

Von Clemens Schuhmann

LINZ. Unzählige Griechen kämpfen seit Beginn der Krise 2010 ums tägliche Überleben, drei Millionen Menschen stehen aktuell ohne Sozialversicherung da, weil sie länger als ein Jahr arbeitslos sind – darunter sehr viele junge Griechen, be trägt doch die Arbeitslosenrate in dieser Altersgruppe 60 Prozent.

Eine von ihnen ist die Psychologin Katerina Notopoulou. Die 26 Jahre alte Aktivistin der Regierungspartei „Syriza“ erzählt im ÖÖN-Gespräch, dass tausende gut ausgebildete Jugendliche mangels Perspektive bereits das Land verlassen haben: „Fast alle meiner Studienkollegen sind ausgewandert. Ich habe auch darüber nachgedacht, wegzugehen. Aber: Mittlerweile kann ich nicht mehr gehen, da ich so stark engagiert bin im Kampf gegen die allgegenwärtige

Krise. Und wir haben in Griechenland viel zu tun.“

Optimismus nach der Wahl

Auf die Frage, ob der tägliche Kampf nicht müde mache, antwortet Notopoulou: „Wir durchleben harte Zeiten. Aber die Krise hat auch unseren Zusammenhalt gestärkt, Solidarität ist stark ausgeprägt. Wir helfen uns gegenseitig – nur so kommen wir über die Runden.“ Auch wenn sie mitunter schon müde sei, gebe ihr die gegenseitige Unterstützung Kraft: „Dieser Zusammenhalt hilft mir, nicht depressiv zu werden.“

Zudem habe sich seit der Parlamentswahl im Jänner, die die Linkspartei Syriza gewonnen hat, einiges geändert: „Seit der Wahl fühlen sich die Griechen freier“, sagt Notopoulou. „Wenn man in ihre Gesichter schaut, sieht man endlich wieder ein Lächeln. Und die

Griechen spüren, dass sich die Politik spürbar verändert hat. Dass sie ehrlicher geworden ist.“

Die Krise hat das Leben vieler Jugendlichen und auch jenes von Katerina Notopoulou gravierend verändert: „Eine Familie zu gründen ist derzeit unmöglich – es wäre schlicht zu teuer.“ Auch Urlaube oder Restaurantbesuche seien undenkbar.

Zahl der Abtreibungen gestiegen

Dramatisch hat sich die Situation in Griechenland auf das Gesundheitssystem ausgewirkt: „Manche sterben, weil sie sich Behandlung oder Medikamente nicht mehr leisten können“, sagt Notopoulou. Eine Krebsbehandlung koste für all jene ohne Versicherung 3000 Euro im Monat, eine Ordination bei Grippe rund 50 Euro.

Signifikant gestiegen sei in den vergangenen vier Jahren die Zahl



Katerina Notopoulou Foto: ÖÖN

der Abtreibungen, erzählt die Psychologin: „Erstens haben die Menschen kein Geld mehr für Verhütungsmittel. Und für viele Unversicherte ist eine Geburt unleistbar.“ Eine Entbindung koste 900 Euro, ein Kaiserschnitt 1300 Euro.

Die Folge sei, dass sich viele (insbesondere junge) Frauen zum Schwangerschaftsabbruch ge-

zwungen sehen würden, sagt Notopoulou. „Da aber für viele selbst die 300 Euro für eine Abtreibung zu teuer sind, lassen es die Frauen ‚schwarz‘ machen.“

Um zumindest die ärgsten Missstände zu beseitigen, wurde in Notopoulous Heimatstadt Thessaloniki die „Klinik der Solidarität“ ins Leben gerufen. In diesem Mini-Arztzentrum, in dem sich neben der jungen Psychologin weitere rund 300 Ärzte, Dentisten und Pfleger ehrenamtlich engagieren, werden pro Tag mehr als 100 Patienten gratis behandelt. Medikamente werden kostenlos ausgegeben.

Katerina Notopoulou war auf Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Oberösterreich, „weltumspannend arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein des ÖGB, unterstützt die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki.

Solidarität, Oktober 2016

108.500 EURO FÜR „KLINIK DER SOLIDARITÄT“

„weltumspannend arbeiten“ veröffentlicht Projektbericht.

© ÖGB ÖÖ



IM JAHR 2013 startete „weltumspannend arbeiten“, der entwicklungspolitische Verein im ÖGB, eine Hilfskampagne für die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki. Die ehrenamtlich geführte Ambulanz versorgte Tausende Menschen ohne Versicherung und rettete viele Leben, die der Zerfall des griechischen Gesundheitswesens ge-

fordert hätte. AllgemeinmedizinerInnen, ZahnärztInnen, PsychologInnen und FachärztInnen ordinieren ehrenamtlich. Dennoch kosten die Ausstattung, Material, Hygieneartikel und vor allem Medikamente viel Geld. Sammelaaktionen, Feste, Vorträge oder der Verkauf eines eigens produzierten Kochbuchs erzielten insgesamt 108.500 Euro für die Klinik. Selbstverständlich wurde die Verwendung der Spenden vom Verein streng kontrolliert. Nun legt „weltumspannend arbeiten“ einen Projektbericht auf, der einen Überblick über die zahllosen Aktivitäten bietet. Nähere Infos zu diesem Thema:

weltumspannend.arbeiten@oegb.at.

PRO-GE

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

www.proge.at

